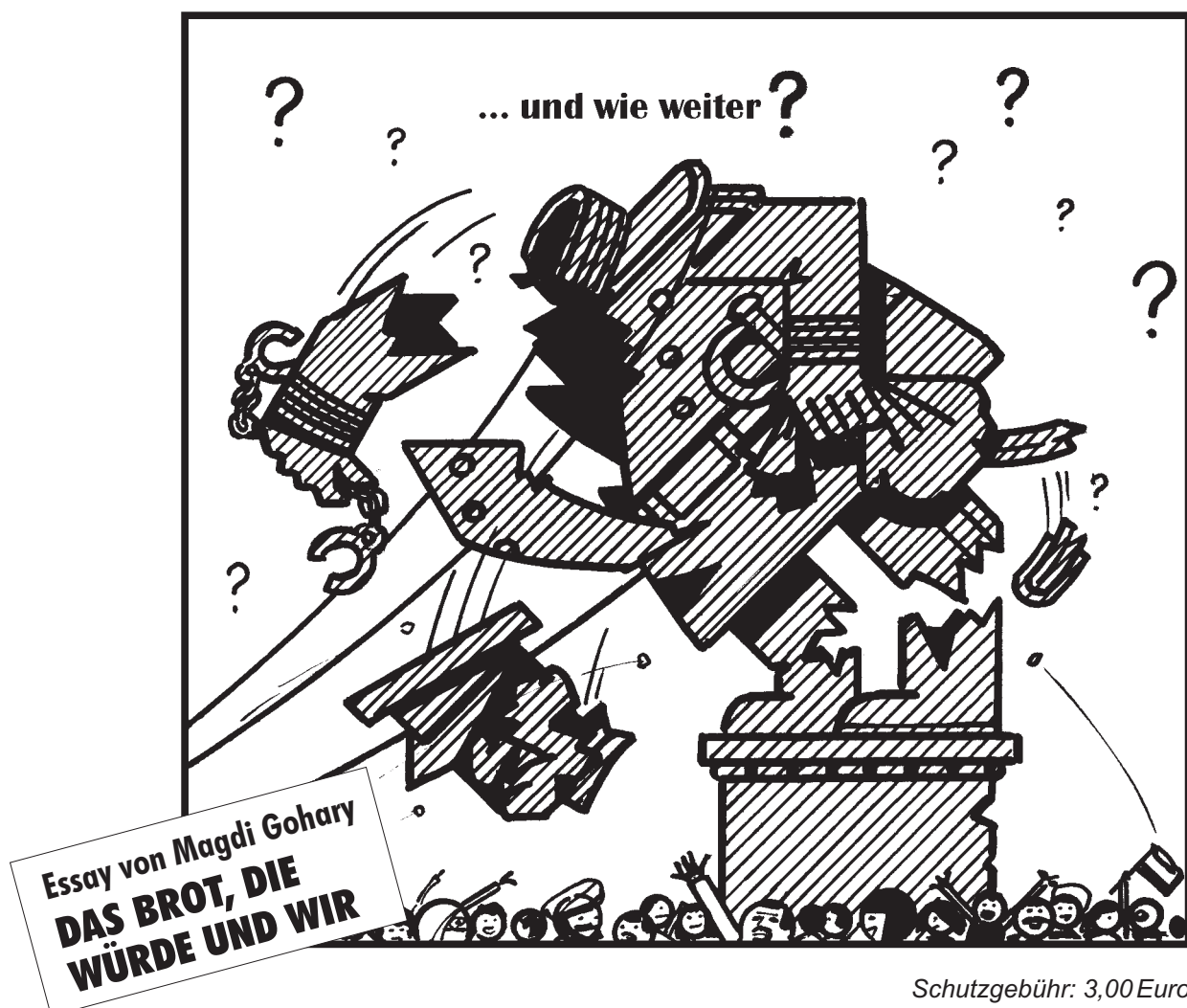


Werner Ruf

# DIE ARABISCHEN REVOLTEN UND DER WESTEN



**ISW** \_\_\_\_\_ **REPORT NR.86**

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

---

## Inhalt

---

Editorial .....	2
WERNER RUF	
Vorbemerkungen	
<b>Der Schock von "Arabellion"</b> .....	3
Kapitel 1	
<b>Wo und wie alles anfang: West-Sahara, Tunesien, Ägypten</b> .....	5
Kapitel 2	
<b>Würde</b> .....	9
Kapitel 3	
<b>Regime Change Light?</b> .....	11
Kapitel 4	
<b>Das libysche Desaster</b> .....	14
Fazit	
<b>Mehr als nur "Arabellion"?</b> .....	21
MAGDI GOHARY	
<b>Das Brot, die Würde und wir</b>	
Betrachtungen, Erlebnisse und Schlussfolgerungen aus dem arabischen Frühling .....	24

---

## editorial

---

Die Revolten in arabischen Ländern haben nicht nur die Lage in den betroffenen Ländern, sondern auch die Statik der Geopolitik verändert und vielleicht auch unser Zutrauen in das revolutionäre Potential der Völker erhöht. Nicht zufällig nahm die Entwicklung ihren Anfang mit der "Yasmin-Revolution" in Tunesien, bis dahin von der neoliberalen Propaganda als Musterland der Region gepriesen. Der damalige Chef des Internationalen Währungsfonds, Strauss-Kahn, lobte 2008 die Politik der tunesischen Regierung als "weise", weshalb das Land sich auch in guter Verfassung befinde.

In seinem Beitrag stellt und beantwortet Werner Ruf kritische und weiterführenden Fragen: Geht es wirklich um Revolutionen oder nicht eher um Aufstände, die bisweilen Stammescharakter haben? Kann man von "arabischen" Revolten sprechen – die Tunesier und Ägypter haben ihre Nationalflaggen geschwungen und ihre Nationalhymnen gesungen. Das panarabische Element, vor 50 Jahren prägend für die antikolonialistische Bewegung in den arabischen Ländern, war so gut wie nicht vorhanden. Abwesend waren auch, zumindest in den Anfängen, die islamistischen Bewegungen – welchen Einfluss haben sie in der weiteren Entwicklung gewinnen können.

Ein Schwerpunkt seiner Betrachtungen liegt in der Analyse der Reaktionen des Westens auf die neuen Bedingungen. Die Revolten haben dem Westen, bisher der führende Partner in der Komplizenschaft mit den korrupten Macht-Eliten, demonstriert, dass "weichere" Formen der Dominanz entwickelt werden müssen, um die politische Oberherrschaft und die geostrategische Kontrolle über die strategisch wichtige Region aufrecht zu erhalten. Die gebildeten Mittelschichten, tief unzufrieden mit ihrer Stellung und Perspektive in den alten Regimes, werden als Partner für den Aufbau eines bürgerlich-demokratischen politischen Systems mit marktwirtschaftlichen Prinzipien gesehen.

Eine Zäsur im internationalen politischen System fand anhand der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates statt, die die militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten von missliebigen Staaten und Regierungen legalisiert. "Arabellion", wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung das Geschehen zusammenfasste, hat den Westen zu erhöhter Vorsorge in seiner globalen Dominanz-Politik angetrieben.

Wer ist der Träger dieser umstürzenden Prozesse in den arabischen Ländern? Werner Ruf wendet sich dem Begriff der "multitude" von Hardt und Negri zu, wonach klassen- und schichtenübergreifend die Menschen im Gegensatz zur herrschenden Ordnung stehen und diese gemeinsam überwinden wollen.

Einen ähnlichen Ansatz entwickelt Magdi Gohary. Der gebürtige Ägypter spricht vom "Volk" als dem Subjekt der historischen Transformation und glaubt, in dieser Frage insbesondere Defizite der marxistischen Linken abbauen zu müssen. Wie Ruf stellt auch Gohary das Motiv "Würde" in den Mittelpunkt seiner Analyse der Antriebskräfte des Widerstandes und der Revolten. "Brot und Würde" als Gleichklang eines Verlangens nach menschlichen gesellschaftlichen Zuständen. Nur eine stabile materielle Basis sorgt für ein Leben in Würde. Das Verlangen nach Brot ist immer mehr als nur ein Aufschrei nach materieller Versorgung.

Und vorenthaltene, unterdrückte Würde schlägt um in Kampf um neue materielle Verteilung. Gohary untersucht genauer, wie die Revolten weiter gehen werden. Sein Hauptbeispiel ist Ägypten, dessen Armee ein Hauptnutznießer der alten Ordnung war, aber sich dennoch nicht dem Regime, sondern der Gesellschaft gegenüber verantwortlich sähe. Goharys Fazit: Es gibt kein Zurück mehr.

## Vorbemerkungen

### Der Schock von "Arabellion"

■ Seit Beginn des Jahres 2011 beherrschen die Nachrichten aus der arabischen Welt wenn nicht die Schlagzeilen, so doch große Teile der Berichterstattung der westlichen Medien. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hat gar unter dem Titel "Arabellion" eine spezielle Seite für dieses Thema geschaffen. Doch: Worum handelt es sich? Um Revolutionen, wie die Aufständischen von sich behaupten, um Rebellionen oder um Aufstände, die bisweilen Stammescharakter haben?

Jenseits der allenthalben stattfindenden Proteste gegen die herrschenden Verhältnisse sind diese Aufstände auch geprägt durch die Vielfalt der politisch-ökonomischen Systeme und die enorme Verschiedenheit der Regime des arabischen Raums: Militärdiktaturen wie Syrien oder Algerien, die sich einen mehr oder weniger sozialistischen Anstrich geben; mehr oder weniger feudale, teils theokratische Despotien wie in Saudi-Arabien, aber auch in Marokko oder Jordanien; im Grunde archaische Stammesgesellschaften wie in Jemen und Libyen. Die unterschiedlichen kolonialen Prägungen, die Vielfalt der Herrschaftsstrukturen und die sich daraus ergebenden Interessen am Machterhalt sind ursächlich dafür, dass abgesehen von dem Verweis auf sprachliche Gemeinsamkeiten von einer "arabischen Identität" kaum mehr gesprochen werden kann. Geradezu symptomatisch zeigt sich dies in der Arabischen Liga, die seit ihrer Gründung das wohl handlungsunfähigste regionale System gegenseitiger kollektiver Sicherheit ist.

Und: Sind es denn "arabische" Revolten? Die protestierenden Tunesier und Ägypter schwangen ihre Nationalflaggen und sangen die jeweiligen Nationalhymnen. Der zu Zeiten Gamal abdel Nassers so mächtige Panarabismus scheint, verfolgt man die Slogans der Aufständischen, genauso wenig ein Rolle zu spielen wie die von allen arabischen Regierungen immer wieder zur Ablenkung von Misswirtschaft und Korruption propagierten anti-israelischen oder anti-imperialistischen Slogans. Abwesend schienen auch, zumindest zu Beginn der Aufstände, die sehr unterschied-

lich starken und nur schwer vergleichbaren islamistischen Bewegungen. Gemeinsam ist ihnen der Aufstand gegen die herrschenden Regime und, vor allem, die Forderung von "Würde" für die Menschen. Auf diesen Begriff, der mehr ist als der Ruf nach Durchsetzung bürgerlicher Rechte, wird zurück zu kommen sein.

■ So unterschiedlich wie die politischen Systeme, sieht man von ihrem repressiven Charakter und der omnipräsenten Korruption ab, so unterschiedlich sind auch ihre wirtschaftlichen Grundlagen, die in Teilen noch immer geprägt sind durch die historisch gewachsenen, sehr unterschiedlichen kolonialen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse: Da sind die Rentenstaaten Algerien, Libyen und die Despotien der Arabischen Halbinsel (außer Jemen), deren gesamte Ökonomie auf dem Export von Öl und Gas basiert und die ihren gesamten Bedarf an Lebensmitteln und Verbrauchsgütern importieren und so die Entstehung jeder Form einer nationalen Ökonomie verhindern.<sup>1</sup> Da sind die bevölkerungsreichen Länder wie einerseits der Rentenstaat Algerien, andererseits Ägypten und Marokko, aber auch die bevölkerungsärmeren Länder wie Jordanien und Tunesien, die immerhin Ansätze zu einer nationalen Ökonomie entwickeln konnten (auf deren Außenabhängigkeit wird einzugehen sein). Da sind schließlich die Emirate am Golf, deren mit gewissen Rechten ausgestattete Staatsbürger oft nur einen verschwindenden Bruchteil der Einwohner ausmachen; da ist nicht zuletzt die Eingliederung dieser Länder und ihrer Regime in die hegemoniale Weltordnung mit ihren sich verschärfenden Widersprüchen und neuen Rivalitäten.

■ Viele Konflikte und Konfliktebenen sind aber bisher noch kaum in den Blick der westlichen Medien geraten, da diese sich auf jene Auseinandersetzungen beschränken, wo die Aufstände gewaltsame Formen angenommen haben. Wo in unterschiedlicher Weise "präventiv" gehandelt wird, wo Gewalt auf geringem Niveau zu bleiben scheint, finden die sich

1) So gehört Algerien zu den am wenigsten industrialisierten Ländern der Welt, die Industrie trägt weniger als 5 % zum Brutto-Inlandsprodukt bei. Liberté (Tageszeitung, Algier), 24. Juli 2011. Libyen und Saudi-Arabien liegen noch dahinter.

auch dort vollziehenden Veränderungen kaum Aufmerksamkeit – obwohl sie Vorboten massiver Veränderung sein dürften wie etwa die unter dem Druck jugendlicher Demonstranten zustande gekommene Einigung zwischen Fatah und Hamas in Palästina. Charakteristisch für diese zumindest latenten Umbruchssituationen sind die "präventiven" massiven Senkungen der Grundnahrungsmittelpreise in Mauretanien, Marokko, Algerien und Jordanien sowie die z.T. vorgenommenen Regierungsumbildungen und die Ankündigungen von Verfassungsreformen und deren teilweise schnelle Durchführung wie beispielsweise in Marokko.

■ Nicht in den Blick gerät gleichfalls der Irak, dessen Staatlichkeit durch den Krieg der Bush-Administration im Jahr 2003 zerstört wurde und in dem seither diffuse alltägliche Gewalt mit unzähligen Todesopfern und die schleichende ethnische und religiöse Aufspaltung des Landes nationale Akteure hat verschwinden lassen.

■ Die Ereignisse in der Region sind überschattet durch die geo-strategischen Rivalitäten der großen Mächte um die Kontrolle von Ressourcen, den wachsenden Einfluss Chinas in diesem Spiel und, so scheint es, eine Wiederkehr französischer und britischer Kolonialnostalgie vor dem Hintergrund relativer hegemonialer Zurückhaltung der USA. Unmittelbar betroffen von den fundamentalen Veränderungen und der offensichtlichen Bewusstwerdung der Massen in den arabischen Ländern ist schließlich die Position Israels, das seinen verlässlichsten Partner Ägypten verloren haben dürfte, von all den Veränderungen in Richtung auf mehr Demokratie in seiner Umgebung jedoch nichts Positives zu erwarten scheint. Und nicht zuletzt überwölbt der Konflikt mit dem Iran die Perspektiven der Entwicklung des Raumes: Das immer wieder skandalisierte iranische Atomprogramm verdeckt nur schlecht den wahren Grund westlicher, israelischer und saudi-arabischer Befürchtungen: In der Folge der Zerstörung des Irak ist der Iran zu einer regionalen Hegemonialmacht aufgestiegen, deren Kontrolle dem Westen und seinen regionalen Alliierten zunehmend zu entgleiten scheint.

■ Eines jedoch ist sicher: Die in der Tendenz rassistischen Thesen des Samuel P. Huntington über den Kampf der Kulturen (*Clash of Civilisations*)<sup>2</sup> sind endgültig widerlegt, auch wenn sie von Apologeten wie Thilo Sarrazin und all den rechten Beschwörern der islamischen Gefahr von Broder, Wilders und Ulfkotte in ihrer innenpolitischen Dimension weiterhin gehandelt werden sollten. Nicht zufällig waren sie Impulsgeber für den norwegischen Massenmörder Breivik. Der Wegfall des Feindbilds Islam als Paradigma der internationalen Politik seit dem Ende des Kalten Krie-

ges eröffnet – endlich – dem Westen die Rückkehr zu rationaler Politikanalyse. Dass gerade dies von Álvaro de Vasconcelos, dem Direktor des EU-eigenen strategischen *think tanks*, dem EU-Institut für Strategische Studien in Paris, massiv eingefordert wird,<sup>3</sup> darf durchaus als Signal europäischer und hoffentlich westlicher Politik überhaupt verstanden werden. Auch der Beginn solchen Umdenkens ist einer der wichtigen positiven Effekte dessen, was die FAZ "Arabellion" nennt.

2) Huntington, Samuel O.: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien 1996, sowie die beiden wegweisenden Aufsätze "The Clash of Civilizations?" in: *Foreign Affairs*, Sommer 1993, S. 22 – 49; und: "The West unique, not universal", in: *Foreign Affairs*, Nov./Dez. 1996, S. 28 – 46.

3) Vasconcelos, Álvaro de: The Post-Huntington revolutions; in: *ISSUES* Nr. 35, Mai 2011

## Kapitel 1

# Wo und wie alles anfing: West-Sahara, Tunesien, Ägypten.

Noam Chomsky<sup>4</sup> datiert den Beginn von "Arabellion" sehr wahrscheinlich zu Recht auf jene "Lager der Würde" (!), die die Bevölkerung der von Marokko besetzten und annektierten **West-Sahara** im Oktober/November 2010 außerhalb der großen Städte in der Wüste errichtet hatte, um gegen die Lebensbedingungen unter marokkanischer Besatzung und Kolonisation zu protestieren. Die marokkanischen Sicherheitskräfte räumten schließlich mit brutaler Gewalt die Lager und brannten sie nieder, es gab zahlreiche Tote und Verletzte.<sup>5</sup> Vorausgegangen waren seit zwei Jahren sich mehrende umfangreiche Protestaktionen. Die "Lager der Würde" dürften nicht die letzte Form des Widerstands der sahraischen Bevölkerung bleiben, auch wenn gerade dieser Aufstand in den westlichen Medien nicht thematisiert wurde.

**Tunesien** verdient hier eine ausführlichere Behandlung, nicht nur, weil hier "alles begann", sondern weil sich an diesem Beispiel wie in einem Brennglas die Problematik und die tönerne Basis der arabischen Regime zeigt, die sich ganz offenkundig nur so lange halten konnten, wie sie vom Westen nahezu bedingungslos unterstützt wurden. Auslöser des Aufstands war die Selbstverbrennung des arbeitslosen Informatikers Mohamed Bouazizi in der westtunesischen Kleinstadt Sidi Bouzid. Zum wiederholten Male versuchte die Polizei, ihm Strafgebühren für seinen nicht lizenzierten Handkarren abzapfen, auf dem er Obst und Gemüse verkaufte. Die Ohrfeige einer städtischen Bediensteten war schließlich die entscheidende Verletzung seiner Würde: Bouazizi übergoss sich vor dem Amtssitz des Gouverneurs mit Benzin und zündete sich an.

Solche Selbstmorde waren längst nichts Außergewöhnliches mehr. Bouazizis Selbstverbrennung war kein isolierter, individualistischer Akt, sondern Ausdruck jener Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit, die charakteristisch war und ist nicht nur für die tunesische Jugend, sondern für die Jugend in der gesamten arabischen Welt – und, betrachtet man die Protestbewegungen beispielsweise in Spanien und Griechenland, weit darüber hinaus. Im Gegensatz zu früheren

Protesten ähnlicher Art kam es diesmal jedoch zu massiven Protesten der Bevölkerung wegen des Verhaltens der Sicherheitskräfte, die wahllos in die Menge schossen. Es gab Tote, die Proteste weiteten sich aus auf weitere Orte, die ganze Region und schließlich auf das ganze Land.

Im Gegensatz zu den medialen Darstellungen war dies keineswegs eine plötzliche und letztlich unerwartete Eruption: Im Januar 2008 war es in den Phosphat-Minen von Redeyef im südlichen Gouvernorat Gafsa zu Protesten der Arbeiter gegen ihre Arbeitsbedingungen und Löhne gekommen, die acht Monate dauerten. Ein vom IWF erarbeiteter Struktur-anpassungs-Plan hatte zur Reduzierung der Belegschaften von 11.000 auf 5.000 in dieser Armutsregion des Landes geführt.<sup>6</sup> Die Proteste kulminierten in der brutalen Niederschlagung der Demonstrationen und in drakonischen Urteilen gegen die "Rädelsführer".<sup>7</sup> Dass brutale Repression allein nicht mehr genügte, erkannte das Regime schon damals: Der Gouverneur der Provinz Gafsa und der Direktor der Phosphatgesellschaft wurden als Bauernopfer entlassen,<sup>8</sup> Elend, Arbeitslosigkeit und Willkür der Herrschenden, die wirklichen Gründe für die Proteste, aber blieben.

Ganz ähnlich in **Ägypten**: Schon 1991 hatte die Regierung mit dem Internationalen Währungsfonds ein Struktur-anpassungsprogramm geschlossen, bis Mitte 2002 waren bereits 190 Betriebe privatisiert.<sup>9</sup> Privatisierungen, also die Übernahme der Betriebe durch die mit dem System verbündeten Fraktionen der Bourgeoisie, und der Raub von Lohn und sozialen Erwerbungen einerseits, die Gründung von Staatsgewerkschaften andererseits führten zur Bildung unabhängiger Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Bündnissen, die von Lehrern und Beschäftigten im Gesundheitswesen über Staatsbedienstete bis zur Metall-, Chemie- und Automobilindustrie reichten.<sup>10</sup> Ein weiteres Signal der allgemeinen Unzufriedenheit hatte schon 2004 die so genannte Kifayah-Bewegung (von *kifayah* = es reicht) gesetzt, die sich gegen die damals anstehende Wiederwahl Hosni Mubaraks gegen die sein Regime kennzeichnende Korruption und

4) [www.democracynow.org](http://www.democracynow.org) [17. Februar 2011].

5) <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Westsahara/proteste2.html> [28. Okt. 2010].

6) [http://www.verite-action.org/index.php?option=com\\_content&task=view&id=167&Itemid=28](http://www.verite-action.org/index.php?option=com_content&task=view&id=167&Itemid=28) [05-02-11].

7) <http://maghrebinfo.actu-monde.com/archives/article1414.html> [05-02-11]. s. auch <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2008/nea/119128.htm> [05-02-11].

8) Tageszeitung Le Temps (Schweiz), 16. Okt. 2008.

[http://www.verite-action.org/index2.php?option=com\\_content&task=view&id=167&pop=1&page=0&Itemid=28](http://www.verite-action.org/index2.php?option=com_content&task=view&id=167&pop=1&page=0&Itemid=28) [10-01-11].

9) Beinin, Joel: Arbeiterprotest, Neoliberalismus und Kampf für Demokratie. In: Inamo Spezial Nr. 3, Frühjahr 2011, S. 40 – 45.

10) El Masry, Ingrid: Gewerkschaften und Arbeiterbewegung in der Revolution. In: Inamo Spezial, a. a. O. S. 56 – 57.

den Nepotismus wandte. Die Repression des Regimes ließ die Bewegung in den Folgejahren von der politischen Oberfläche verschwinden.

### **Konvergenzen und Widersprüche: Zum Verhältnis von Kleptokratie und Neoliberalismus**

In Tunesien hatten Präsident Zin Abdin Ben Ali und der Familienclan seiner zweiten Ehefrau Leila Trabelsi ein das gesamte Land umfassendes kleptokratisches System entwickelt.<sup>11</sup> Dies fand seinen Niederschlag sogar in einer Verfassungsänderung: Artikel 41 der tunesischen Verfassung wurde am 26. Mai 2001 erweitert und vom Parlament ratifiziert.<sup>12</sup> Danach besitzt der Präsident strafrechtliche Immunität. Diese galt nunmehr auch "nach Ende seiner Funktionen für Taten, die er während der Ausübung seiner Funktionen begangen hat." Die Verfassungsänderung beweist: Dieser Dieb handelte mit Vorsatz! Hatte noch Ludwig XIV. von sich gesagt "Ich bin der Staat", so lautete die Variante Ben Alis und des Trabelsi-Clans "Der Staat gehört uns!"

IWF und Weltbank wurden nicht müde, die "Erfolgsgeschichte" Tunesiens zu feiern und das Land – ebenso wie Ägypten – als Musterbeispiel erfolgreicher Struktur- und Anpassung zu bezeichnen.<sup>13</sup> Der vom Weltwirtschaftsforum herausgegebene *Global Competitiveness Report* kürte Tunesien mehrfach, zuletzt 2009, zum wettbewerbsfähigsten Land Afrikas<sup>14</sup> und die bundeseigene *Germany Trade and Invest* (vormals Bundesstelle für Außenhandelsinformation bfai) bescheinigte Tunesien ein kontinuierliches Wachstum von knapp 4 % während der vergangenen zehn Jahre.<sup>15</sup> Nachdrücklich wird dabei darauf verwiesen, dass "die Lohnkosten in Tunesien im internationalen Vergleich günstig (sind)", dies vor allem, weil "Erhöhung bei Löhnen durch eine kontinuierliche Abwertung des tunesischen Dinar ausgeglichen werden konnten."

Die tunesische Wirtschaft basierte zu Zeiten Burgibas vor allem auf Staatsbetrieben. Ben Ali privatisierte diese Betriebe, weshalb das Land in den Jahresberichten des Internationalen Währungsfonds regelmäßig Bestnoten erhielt. Die Entscheidung über die Ernennung der Firmenleitungen lag beim Kabinett oder beim Präsidenten selbst. An die Spitze der Unternehmen wurden so getreue Lakaien des herrschenden Clans gesetzt, meist Mitglieder der Trabelsi-Familie. Banken – oft zusammen mit Kapital aus den Golf-

staaten gegründet – sprossen wie Pilze aus dem Boden, im Aufsichtsrat saßen stets die üblichen Vertreter des zahlreichen Trabelsi-Clans, die Brüder, Söhne, Vettern und Ehemänner der Töchter der Präsidentengattin. Ihnen gehörten wenn nicht die Firmen, so doch entscheidende Anteile an Hotels, Fluglinien, Rundfunk- und Fernsehsendern, Supermarktketten. Leilas Bruder Belhassan war Chef der Bank von Tunesien, was die illegalen Transfers der Familie ins Ausland erleichterte.<sup>16</sup> Die Familie scheute auch nicht davor zurück, von privaten Immobilien Besitz zu ergreifen, deren rechtmäßige Bewohner bisweilen von Schlägertrupps vertrieben wurden.<sup>17</sup> Solche durch und durch kriminelle Aktionen gehörten genauso zur Alltagspraxis der "Familie" wie beispielsweise der von Leilas Sohn Imed gezielt in Auftrag gegebene Diebstahl von Luxusyachten, die aus korsischen Häfen ins "sichere" Tunesien "überführt" wurden.<sup>18</sup>

Eine besonders lukrative Einrichtung war der schon 1993 eingerichtete "Fonds für nationale Solidarität", nach seiner Kontonummer 26/26 genannt. Die auf das Konto eingezahlten "Spenden" waren nicht freiwillig, sondern Unternehmen, Staatsbedienstete und Freiberufler wurden auf der Grundlage einer Tabelle veranlagt. Wer nicht zahlte, wurde bestraft: Unternehmen mit Steuernachzahlungen, Staatsbedienstete mit Entlassung. Der Fonds stand allein dem Präsidenten zur Verfügung, der daraus bisweilen – öffentlichkeitswirksam inszeniert – Wohltaten an Arme verteilte. Die Masse des Geldes verblieb jedoch in seiner Schatulle. Allein die jährlichen Einnahmen aus diesem Fonds werden auf rund 30 Millionen Euro geschätzt.<sup>19</sup>

Ihren letzten großen Coup landete Leila Trabelsi schließlich unmittelbar vor ihrer Flucht, als sie die Goldreserven des Landes stahl, immerhin 1,5 t Gold im Wert von rd. 45 Mio. Euro. Persönlich wurde sie am 11. Januar 2011 bei der tunesischen Zentralbank vorstellig und verlangte die Herausgabe des Goldes. Als der Zentralbankpräsident Leilas Ansinnen zunächst ablehnte, rief sie ihren Gatten an. Ben Ali selbst erteilte schließlich dem Direktor am Telefon den Befehl, das Gold herauszurücken.<sup>20</sup>

Jenseits der von "Ben Ali Baba und den vierzig Trabelsis" (so der tunesische Volksmund in Abwandlung des klassischen arabischen Märchens) organisierten Kriminalität hatte die Staatsspitze ein System der Korruption und des Nepotismus entwickelt, das dazu führte, dass nur "loyale" Anhänger des Systems, von

11) Vgl. auch: Turki, Bechir : Ben Ali Le Ripou, Tunis 2011.

12) veröffentlicht in: Journal Officiel de la République Tunisienne, 27. moharrem 1423 – 5. April 2002, 145. Jahrgang, Nr. 28.

13) Zorob, Anja: Nordafrikanische Erfolgsgeschichten? In: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 7/2011, S. 31 – 34, hier S. 31.

14) [http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage\\_7506.pdf?show=true](http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_7506.pdf?show=true) S. 5. [04-02-11].

15) [http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage\\_7506.pdf?show=true](http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_7506.pdf?show=true) [04-02-11].

16) Beau, Nicolas / Graciet, Catherine: La régente de Carthage, Paris 2010.

17) Bensedrine/Mestiri, a. a. O. S. 127 – 132.

18) Ausführlich dazu: Beau / Graciet, a. a. O. S. 81 – 95.

19) Bensedrine / Mestiri, a. a. O. S. 92 – 95.

20) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17-02-2011.

der Polizei bis zu den Universitäten, vom Zoll bis zu den verschiedenen Strukturen der Verwaltung, vom privaten Unternehmertum bis zur Spitze der Einheitsgewerkschaft UGTT Spitzenpositionen einnehmen konnten: Entweder wurden sie korrumpiert oder kooptiert und wurden so zu privilegierten Transmissionsriemen im System gemacht. Sozialer Aufstieg war nur jenen wenigen möglich und gewiss, die sich in dieses System integrierten.<sup>21</sup> Dies führte zu einer zunehmenden Marginalisierung und – dank der Abwertungspolitik gegenüber der Landeswährung Dinar – zu einem massiven Schwund der Kaufkraft gerade auch der Mittelschichten. Die in den letzten Jahren zu beobachtende schleichende Verarmung trug erheblich bei zum Legitimitätsverlust des Systems und erklärt auch die breite Solidarisierung der Bevölkerung mit jenen Gruppen, die die anfänglich nur von sozialem Protest getragene Revolte trugen.

### Der Beitrag des Westens zum "tunesischen Modell"

Entscheidenden Anteil am Niedergang der tunesischen Wirtschaft und vor allem an der Verschärfung der sozialen Antagonismen in der Gesellschaft hatten nicht zuletzt die westlichen Regierungen und vor allem die internationalen Finanzorganisationen, die nicht müde wurden, das "tunesische Modell" über den grünen Klee zu loben, verschaffte der neoliberale Kurs ihnen doch erhebliche Vorteile. Kein geringerer als Dominique Strauss-Kahn, der damalige Direktor des IWF, erklärte im November 2008 in Tunis, dass die wirtschaftliche Situation des Landes gut sei dank der "weisen" monetären Politik seiner Regierung.<sup>22</sup> Die Richtlinien dieser Politik bestimmten jedoch keineswegs die von Marktradikalen immer wieder beschworene "unsichtbare Hand" des Marktes, sondern klare politische Vorgaben: Gerade durch die Liberalisierung, durch die Bildung von "Freien Produktionszonen", in denen ausländisches Kapital "Lohnveredelung" betreibt,<sup>23</sup> wurde die Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Betriebe gegenüber den Investitionen aus den EU-Staaten erheblich behindert: Als erstes "Mittelmeer-Drittland" (MDL) hat Tunesien am 1.3.1998 mit der EU ein so genanntes Europa-Mittelmeerabkommen in Kraft gesetzt, das binnen zwölf Jahren zur vollständigen Verwirklichung einer Freihandelszone mit der EU führen sollte. Ausgenommen bleiben aufgrund des Drucks der europäischen Agrarlobby die Agrarprodukte, was eine schwere Behinderung

für die Exportwirtschaft Tunesiens darstellt. Hinzu kommt der Anpassungsdruck an den europäischen Markt und die beschränkte Konkurrenzfähigkeit gerade der – im Vergleich zu den privilegierten ausländischen Betrieben ohnehin benachteiligten – tunesischen Firmen, die der Konkurrenz billiger europäischer Massenprodukte oft nicht standhalten konnten und können. Folge waren Betriebsschließungen und Entlassungen in etwa einem Drittel der kleinen und mittleren Betriebe. Demgegenüber genießen europäische Investoren Vorteile, in deren Genuss tunesische Betriebe nicht kommen: Steuerfreiheit über mehrere Jahre und freier Gewinntransfer nach Europa.<sup>24</sup>

So behinderte die Außenorientierung der Wirtschaft systematisch die Entwicklung einer einheimischen und vor allem auf die Bedürfnisse des lokalen Markts orientierten Produktion und verstärkte damit die Außenabhängigkeit des Landes. Korruption und Kleptokratie, vor allem aber die Übernahme der ehemaligen Staatsbetriebe durch die Ben Ali-Trabelsi-Bande wirkte sich zusätzlich hemmend auf die tunesischen Betriebe aus: Mehr als aufschlussreich ist eine inzwischen vorgelegte Analyse des tunesischen Arbeitgeberverbandes UTICA (*Union Tunisienne de l'Industrie et de l'Artisanat*),<sup>25</sup> der zufolge 40 % der tunesischen Betriebe unter Kontrolle des Trabelsi-Clans standen. Dies galt selbstverständlich nur für die lukrativen Betriebe. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass viele Betriebe nicht investierten oder modernisierten, um dadurch zu vermeiden, zum Zielobjekt der Mafia der Präsidenten-Gattin zu werden. Schlussfolgerung: Hätten diese Betriebe sich unternehmerisch und marktkonform verhalten (können), hätten rund 200.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können – eine bemerkenswerte Zahl in einem Staat mit 10 Millionen Einwohnern.<sup>26</sup>

Die tatsächliche Situation der tunesischen Wirtschaft aber musste den internationalen Finanzagenturen wie auch den entsprechenden Gremien der EU bekannt sein. Immerhin äußerte selbst die gtai (Germany Trade and Invest, früher: Bundesanstalt für Außenhandelsinformation) Zweifel an der Verlässlichkeit der von den tunesischen Behörden gelieferten Zahlen, die wiederum Grundlage für die "Erfolgsgeschichte" waren.<sup>27</sup> Der tunesische Wirtschaftswissenschaftler Ali Zmerli<sup>28</sup> bezieht sich in einer Analyse des kriminellen Systems der Präsidentenfamilie auf eine Studie, die von IWF und Weltbank in Auftrag gegeben wurde. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass in

21) Hierzu die brillante Analyse von Hibou, Béatrice: *The Force of Obedience. Political Economy of Repression in Tunisia*, Cambridge, 2011.

22) Beau / Graciet a. a. O. S. 130.

23) In diesen speziell ausgewiesenen Gebieten kommt die tunesische Arbeits- und Sozialgesetzgebung nicht zur Anwendung. Sie ermöglichen daher dem dort investierenden ausländischen Kapital im Vergleich zu den tunesischen Unternehmen enorme Extraprofite.

24) Hibou, Béatrice: *Les faces cachées du Partenariat euro-méditerranéen*, Critique internationale, Ne. 18, Januar 2003.

25) *Maghreb Emergent*, 08 Février 2011.

<http://www.maghrebemergent.info/entreprises/80-tunisie/2166-le-patronat-tunisien-qlibereq-mais-en-crise-en-quete-dune-nouvelle-image.html> [09-02-11].

26) *Maghreb Emergent*, Tageszeitung Algier, 8. Februar 2011.

27) [http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage\\_7506.pdf?show=true](http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_7506.pdf?show=true) [04-02-11]

28) Zmerli, Ali: *Ben Ali le ripou*, Kapitalis.com 2011, <http://www.kapitalis.com/images/banners/benaliripou.pdf> [07-02-11].



den Jahren 1999 bis 2008 mehr als zehn Mrd. Euro aus dem Umkreis der Präsidentenfamilie auf ausländische Konten transferiert wurden – und dies, obwohl die Überweisungen auf ausländische Konten strengstens kontrolliert werden. Die Summe entspricht ziemlich genau den gesamten Auslandsschulden des Landes.

Ebenso falsch waren die Angaben betreffend das Ausmaß der Armut in Tunesien: Neue Untersuchungen förderten zutage, dass rund 15 % der tunesischen Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze von 2 US-Dollar pro Tag leben, während das Regime diesen Prozentsatz mit 4 % angegeben hatte: Um zu diesen Zahlen zu kommen, war der Maßstab für absolute Armut auf ein Einkommen von 0,8 US-Dollar/Tag abgesenkt worden.<sup>29</sup>

Die Platzierung Tunesiens als Musterland und die Mär vom "tunesischen Wirtschaftswunder" entsprechen also keineswegs der Realität, sondern dürften rein politische Gründe gehabt haben. Die Protektion, die das Ben-Ali-Regime durch Frankreich genoss, dürfte auch die Stellungnahmen des IWF beeinflusst haben, dessen Präsidentschaft traditionell Frankreich obliegt: In diesen Kontext passt, dass die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie noch drei Tage vor der Flucht Ben Alis diesem französische Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung anbot.<sup>30</sup> Schließlich musste sie zurücktreten, als bekannt wurde, dass sie mehrfach auf Kosten eines Mitglieds der Trabelsi-Bande in Tunesien Urlaub gemacht hatte.

Trotz dieser klaren Befunde scheint die EU aus dem Desaster der sozialen – und letztlich politischen – Auswirkungen ihrer Politik nicht lernen zu wollen, bzw. weiterhin allein auf die Interessen europäischer Investoren zu setzen. Dies belegen die geradezu gebetsmühlenartig wiederholten Erklärungen von europäischen Ministern und EU-Vertretern bei ihren Reisen nach Tunis, wonach jetzt verstärkte europäische Investitionen – unter den Bedingungen des oben erwähnten Freihandelsabkommens – die Situation stabilisieren sollen. Auch die deutsche Politikberatung argumentiert in diese Richtung: Schon am 18. Januar 2011, vier Tage nach der Flucht Ben Alis, legte der Vertreter der Hanns-Seidel-Stiftung in Tunis ein Positionspapier vor, in dem er nicht nur die erste und inzwischen längst vom Volk davon gejagte Übergangsregierung lobte ("Da die Schlüsselministerien weiterhin in den Händen erfahrener Minister sind, ist die Weiterführung der Regierungsgeschäfte gesichert."), sondern auch forderte, dass europäische Firmen, die weiterhin in Tunesien investieren wollten, zusätzlich zu den schon vorhandenen Vergünstigungen von der EU Zuschüsse erhalten sollten!<sup>31</sup> An eine

im Interesse der Entwicklung des Landes liegende Unterstützung einheimischer Betriebe oder auch nur an deren Gleichstellung mit europäischen Firmen wird also nicht gedacht – ebenso wenig wie an die Beschlagnahmung des von der Ben Ali-Trabelsi-Bande gestohlenen Volksvermögens und dessen Überweisung an die tunesische Regierung. Die doppelte Abhängigkeit Tunesiens wie auch Ägyptens und auch der meisten anderen am Barcelona-Prozess<sup>32</sup> beteiligten Mittelmeerländer, die Verschuldung und Exportorientierung der Produktion dürften die Kernforderung der Revolten, die Rückgewinnung der nationalen Souveränität, zu einem sehr schwierigen Unterfangen werden lassen. Dabei wird unter Souveränität hier in einem umfassend demokratischen Sinne die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch das Volk verstanden.



29) So die tunesische Wochenzeitung "Réalités". [http://www.realites.com.tn/details\\_article.php?t=535&a=23007&temp=1&lang=](http://www.realites.com.tn/details_article.php?t=535&a=23007&temp=1&lang=) [10-06-11].

30) [http://www.lemonde.fr/afrique/article/2011/01/13/tunisie-les-propos-effrayants-d-alliot-marie-suscitent-la-polemique\\_1465278\\_3212.html](http://www.lemonde.fr/afrique/article/2011/01/13/tunisie-les-propos-effrayants-d-alliot-marie-suscitent-la-polemique_1465278_3212.html) [14-02-11]

31) Theres, Jürgen: Revolution des Volkes oder Palastrevolution? Hanns-Seidel-Stiftung, 18. Januar 2011.

32) Mit der Deklaration von Barcelona (Nov. 1995) versuchten die damals 15 Mitgliedstaaten der EU, ihre Beziehungen mit zwölf Südnrainern des Mittelmeeres auf eine institutionalisierte Basis zu stellen. Hauptziele dieser Politik waren die Liberalisierung der Wirtschaftssysteme und die Demokratisierung der zwölf so genannten Mittelmeer-Dritt-Länder (MDL).

## Kapitel 2

### Würde

Wer die Kolonisation des nordafrikanischen Raumes, insbesondere die französische in Algerien oder die italienisch-faschistische in Libyen, nicht kennt, kann sich auch in der Belletristik einen Eindruck über diese entmenschlichenden Systeme verschaffen.<sup>33</sup> Der Gegenbegriff zu Würde (arab. *karama*) ist der maghrebisch-arabische Begriff *hogra*. Gemeint ist damit Verachtung und Demütigung, jene Haltung, die nicht nur früher vom Kolonialismus, sondern nach der Unabhängigkeit auch von den Sicherheitsorganen, von der Verwaltung, von den Beschäftigten des öffentlichen Gesundheitswesens den Bürgerinnen und Bürgern entgegengebracht wird, kurz jenes Verhalten, für das Mohamed Bouazizi paradigmatisch steht und welches ihn schließlich zum Selbstmord veranlasst hat. Selbst nach offiziellen tunesischen Angaben kommen jährlich rd. 140.000 Menschen neu auf den Arbeitsmarkt. Demgegenüber werden jährlich nur 60.000 bis 65.000 neue Arbeitsplätze geschaffen – nicht einmal die Hälfte, um den Bedarf abzudecken.<sup>34</sup> Diese Situation gilt nicht nur für den arabischen Raum, sondern etwa auch für Südeuropa, wo beispielsweise in Spanien nahezu die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos ist und gleichfalls keine Aussicht auf ein Leben in Würde hat.

So paart sich soziales Elend mit dem Gefühl der Verelendung, der Verachtet-Seins, ja mit der Verzweiflung. Als 2008 – wieder einmal – auf einer Polizeiwache in der Kabylei (Algerien) ein Jugendlicher tot geschlagen worden war, versammelten sich am nächsten Tag Tausende Jugendliche vor der Wache. Sie trugen ein riesiges Transparent, auf dem stand: "Schießt doch, wir sind schon tot." Es ist dieses Gefühl der absoluten Verzweiflung, das seit Jahren schon jede Nacht Dutzende von Jugendlichen aus Marokko, Algerien, Tunesien veranlasst, mit kaum seetüchtigen Booten die Reise ans Nordufer des Mittelmeers anzutreten, wobei sie sich sehr wohl bewusst sind, dass die Chancen, diese Reise zu überleben, minimal sind. Im Falle Tunesiens ist es die Wahrnehmung der präsidialen Macht durch die Bevölkerung, die dieses System als nicht nur abgrundtief korrupt, sondern auch als bar jeden moralischen Prinzips erscheinen lässt. Hierfür stand auch die Reputation der Präsidentengattin als einer Frau lockerer Moral, kurzum, das "System" verkörperte selbst Amoralität

und Würdelosigkeit und war zugleich verantwortlich für das menschenunwürdige Leben der Bürgerinnen und Bürger. Alltägliche Frustrationen und Erniedrigungen produzierten ein Gefühl der Selbstverachtung.<sup>35</sup> Aus dieser Situation entsteht "dieser schwer fassbare Faktor, der Bedarf nach Anerkennung von Würde."<sup>36</sup>

Doch diese Situation ist nicht nur ein Gefühl, sie wird materiell fassbar, wenn man sich den alltäglichen Kampf ums schiere Überleben vergegenwärtigt, der auch in den Slogans der protestierenden Massen zum Ausdruck kam: "Wir wollen Brot und Wasser!" Dieses Bedürfnis artikulierten auch jene algerischen Jugendlichen, die 1987, ein Jahr vor den großen Unruhen des Oktober 1988, anlässlich des Parteitags der damaligen Einheitspartei FLN (*Nationale Befreiungsfront*) die von der Partei aufgehängten Transparente mit der Aufschrift "*Pour une vie meilleure*" (für ein besseres Leben) um die Parole "*Oui, mais ailleurs!*" (ja, aber anderswo!) ergänzten. Zur *hogra*, zur Würdelosigkeit gehören die täglichen Erfahrungen, eine deklassierte und unterbezahlte Beschäftigung annehmen zu müssen, permanent am Rande der Legalität leben zu müssen, stets Gefahr zu laufen, verhaftet, erpresst oder denunziert zu werden. Das Leben in permanenter Improvisation zur Sicherung des Überlebens in einem Provisorium, das kein Ende nimmt, vermittelt jenes Gefühl, ohne Würde zu sein. Verdeutlicht wird dies in Aussagen wie:

*"Am Zahltag schlafe ich mit Tränen in den Augen. In meinem Kopf rechne ich, ich bezahle die offenen Rechnungen und meine Gläubiger. Und die Freude, meinen Lohn erhalten zu haben, wird zur Übelkeit, denn ich weiß nicht, wie ich bis zum Ende des Monats überleben soll."*

Oder:

*"Ich arbeite in einer Firma (für) 300 Dinar (160 Euro) im Monat. Ich habe zwei Kinder und lebe mit meiner Frau und den Kleinen in einem einzigen Zimmer. Ist das normal?"*<sup>37</sup>

Belegt wird diese Misere, in der die Masse der Bevölkerung lebt, durch die Tatsache, dass in Tunesien 38 % der Bevölkerung (in Algerien und Marokko sind diese Zahlen noch erheblich höher) ihren Lebensunterhalt im informellen Sektor zu sichern suchen, dass vor allem im Süden des Landes die Menschen nur

33) Beispielsweise Khadra, Yasmina: Die Schuld des Tages an der Nacht, dt. Übersetzung Ullstein Berlin, 2010.

34) Hibou; Béatrice: Tunisie, Economie Politique et Morale d'un mouvement social. In: Politique Africaine Nr. 121, Paris 2011, S. 7 – 22.

35) Khiari, Sadri, tunesischer Sozialwissenschaftler und Oppositioneller, im Gespräch mit Béatrice Hibou: a.a.O. S. 23 – 34, hier S. 28f.

36) a.a.O. S. 34.

37) Zit. N. Meddeb, Hamza: L'Ambivalence de la 'course à el khobza'. Obéir et se révolter en Tunisie. Politique Africaine Nr. 121, S. 35 – 51.

vom Schmuggel (vor allem mit Libyen) leben konnten, dass die Illegalität der Normalzustand war: "Die illegalen Praktiken entwickeln sich nicht gegen oder außerhalb des Staates, da sie letztlich reguliert werden durch Erpressung und Korruption der öffentlichen Verwaltung".<sup>38</sup>



Denn jeder Job in der öffentlichen Verwaltung war nur durch Beziehungen oder Bestechung zu haben, eine Praxis, die jedes Selbstwertgefühl zerstören musste. Denn schließlich mussten auch die unterbezahlten Polizisten, Zöllner und sonstigen Verwaltungsangestellten um ihres Überlebens willen ein Zubrot verdienen. Wie Meddeb in seinen Untersuchungen feststellte, entwickelten sich sogar Formen der Solidarität zwischen Erpressern und Erpressten, mussten sie doch beide mit extralegalen Mitteln um ihre erbärmliche Existenz kämpfen:

*"Ich hatte gerade meinen Arbeitstag begonnen. Auf der ersten Reise (als Schmuggler über die Grenze nach Libyen, W.R.) wurde ich von einem Polizisten angehalten, der zehn Dinar (5 Euro) forderte. Ich habe ihm geschworen, dass ich kein Geld hatte, weil ich gerade erst aufgebrochen war. Wir haben gehandelt und er hat mir Fragen gestellt, ob ich Kinder habe. Ich habe ihm gesagt: drei, davon zwei an der Universität. Er sagte, er hätte drei an der Universität. Wir waren etwa gleich alt. Er hat mich laufen lassen, gab mir seine Mobilfunk-Nr. und bat mich, ihm eine pre-paid-Karte für 10 Euro zu schicken. Als ich abends zurückkam, habe ich die Karte gekauft und ihm den Code geschickt. Er hat mir geantwortet: 'Danke!'"<sup>39</sup>*

Diese Zitate illustrieren die enge Wechselbeziehung zwischen *hogra* (Demütigung, Verachtung) und *karma* (Würde). Die Permanenz der *hogra*, die damit verbundene Perspektivlosigkeit, die permanente Demütigung kulminierte in der Selbstverbrennung von

Mohamed Bouazizi zu einem Akt des Protests und der Befreiung. Die dadurch ausgelösten Demonstrationen und ihre blutige Repression lösten den revolutionären Prozess aus: Die protestierenden Demonstranten hatten nichts zu verlieren außer einem lebensunwürdigen Leben. Dem Regime war ihr Leben nichts wert. Indem sie dieses riskierten, gewannen die Aufständischen jedoch wenigstens ihre Würde.

*"Wir sind alle Khaled Said"*, riefen die Demonstranten in Alexandria und Kairo und identifizierten sich mit jenem jungen Blogger, den die Polizei auf offener Straße zu Tode geprügelt hatte. Wie Mohamed Bouazizi symbolisierte er die Perspektivlosigkeit der Jugend in einem brutalen und abgrundtief korrupten und deshalb amoralischen System. Die kollektive Erfahrung der *hogra* war es, die die Menschen auf die Straßen brachte, nicht nur die lumpenproletarisierten Jugendlichen, auch die Älteren, die vielen Frauen, die Muslimbrüder und die Kopten, die Mittelschichten, die Richter, die Anwälte, ja sogar Unternehmer. Die gemeinsame Basis dieser Menschen – in Tunesien wie in Ägypten – war, jenseits der Forderung der großen Massen nach Brot, die Forderung aller nach einem menschenwürdigen Leben. "Würde" gerann so zu einer entscheidenden Dimension gerade auch materieller Existenz.

38) a.a.O. S. 42.

39) a.a.O. S. 47.

## Kapitel 3

### Regime Change Light?

Am 4. Juni 2009 hielt Präsident Obama in Kairo unter dem Titel "Ein Neuanfang" eine Rede,<sup>40</sup> die er mit der arabischen Begrüßungsformel "*assalamu aleikum*" begann und die in der arabischen Welt mit Begeisterung aufgenommen wurde und eine völlig veränderte Haltung der USA zur Nahost-Problematik anzukündigen schien. Dieser Neuanfang sollte basieren auf "gegenseitigem Respekt, den Grundsätzen von Gerechtigkeit und Fortschritt, Toleranz und der Würde aller Menschen". Er würdigte den Beitrag der arabischen Philosophie zur Entstehung der europäischen Aufklärung, die Erfindung der Algebra, das islamische Erbe der Toleranz und der Rassengleichheit ebenso wie den Beitrag der Muslime zur Entwicklung der amerikanischen Kultur. Zu Irak fand er den selbstkritischen Satz, "die Ereignisse in Irak haben Amerika an die Notwendigkeit des Gebrauchs der Diplomatie und der internationalen Konsensbildung erinnert."

Zum Nahostkonflikt folgten Sätze wie: "Seit mehr als 60 Jahren haben sie (die Palästinenser, W.R.) das Leid der Vertreibung (*dislocation*) erlitten. Sie erleiden täglich Erniedrigungen, große und kleine, die mit der Besetzung einhergehen." Und die Zwei-Staaten-Lösung sei die einzig mögliche Lösung des Konflikts, Jerusalem müsse eine dauerhafte und sichere Heimat für Juden, Christen und Muslime werden. Darauf folgt ein Bekenntnis zur Demokratie und eine massive Kritik am Irak-Krieg seines Amtsvorgängers: "Kein Regierungssystem kann und darf einer Nation durch eine andere aufgezwungen werden. Regierungen müssen den Willen der Völker widerspiegeln."

Diese ist nur eine der visionären Reden des amtierenden US-Präsidenten, wie auch seine Rede in Prag für eine atomwaffenfreie Welt. Es bedarf hier keiner weiteren Ausführungen über die tatsächlichen Handlungsspielräume dieses Präsidenten und die Diskrepanzen zwischen seinen rhetorischen Visionen und den realpolitischen Zwängen, in die ihn die politischen Kräfteverhältnisse in seiner Heimat zwingen. Vielleicht aber ist die reale Politik der Obama-Administration durchaus auch als Kontinuität zu sehen: George W. Bush hatte den "*regime change*" im Nahen und Mittleren Osten als zentrales Politikziel der USA benannt und dieses mit seinem Krieg gegen den Irak eingeleitet. Dieser Krieg sollte den Beginn einer "De-

mokratisierung des Nahen Ostens" einleiten, ein Politikziel, das kaum jemand dem Präsidenten abnahm. Auch der Afghanistan-Krieg zielte neben der Besetzung geo-strategischer Positionen<sup>41</sup> auf den Sturz des Taliban-Regimes. Beide Kriege sind verloren: Der Irak wurde in ein politisches Chaos gebombt, aus dem ein Ausweg nicht sichtbar ist, auch ist er keineswegs zu Ende: 50.000 US-Soldaten sollen dauerhaft im Land bleiben, auch wenn sie nicht mehr direkt an Kampfhandlungen oder an der Herstellung der inneren Sicherheit beteiligt sein sollen. Afghanistan wurde in den Zustand eines *failed state* versetzt, eine Exit-Strategie, die dort halbwegs funktionierende Strukturen hinterlassen würde, ist nicht in Sicht.

Den US-Diplomaten in der Region ist seit Jahren klar, dass der sich in den arabischen Ländern aufstauende Druck von den dortigen Diktaturen nicht mehr dauerhaft niedergehalten werden kann – das zeigt die Veröffentlichung der einschlägigen Botschaftsberichte in *wikileaks*. Der gewaltsame Sturz der Diktatoren würde über kurz oder lang die USA selbst massiv in diese inneren Konflikte verwickeln – eine Perspektive, die die anti-amerikanischen Ressentiments in der Region nur verstärken könnte.

Schließlich ist die Wirtschafts- und Finanzkrise am Hegemon ganz offensichtlich nicht spurlos vorüber gegangen. Das unipolare System<sup>42</sup> scheint seinem Ende entgegen zu gehen. Sogar der Verteidigungshaushalt muss Kürzungen hinnehmen, wie der vor kurzem erfolgte Ausstieg der USA aus dem derzeit einzigen transatlantischen Rüstungsprojekt MEADS (*Medium Extended Air Defense System*) zeigt. Begründet wurde dieser mit mangelnder Finanzierbarkeit.<sup>43</sup>

Die Revolten in Tunesien und Ägypten wurden von der Obama-Administration fast mit Begeisterung begrüßt: Der Sprecher des Weißen Hauses, Robert Gibbs, erklärte bereits am 31. Januar, also zwei Wochen nach der Flucht Ben Alis und auf dem Höhepunkt der Demonstrationen in Kairo, dass "den legitimen Forderungen des ägyptischen Volkes nach Versammlungs- und Redefreiheit stattgegeben werden" müsse.<sup>44</sup> Und Philip Crowley, Sprecher des US-Außenministeriums erklärte bei einem Besuch in Algier am 18. Februar 2011:<sup>45</sup> "Der Wandel ist notwendig. Wir haben

40) <http://www.whitehouse.gov/blog/NewBeginning/> [02-03-11].

41) Ruf, Werner: Afghanistan im Fadenkreuz der Geostrategie. In: spw Nr 176, Heft 1/2010, S. 32 -37.

42) Krauthammer, Charles: The Unipolar Moment. In: Foreign Affairs, Heft 1/1991, S. 4 – 23.

43) FAZ, 15. Febr. 2011.

44) ebenda.

45) Interview mit der algerischen Tageszeitung Liberté, 19. Februar 2011.

nicht gezögert, die universellen Rechte des algerischen Volkes zu betonen. Wir haben dasselbe in Tunesien getan (und) in Ägypten, und wir sind dabei, dasselbe in der ganzen Region zu tun. Wir ermutigen diesen Wechsel und wir wollen einen friedlichen Wandel."

Dies erscheint auf den ersten Blick als ein neues Paradigma, in dem nicht mehr Stabilität um jeden Preis das Ziel der Außenpolitik der USA und des gesamten Westens zu sein scheint, sondern Demokratie! Und nicht nur *al Jazeera*, sondern auch CNN und ZDF, New York Times und FAZ begrüßten jubelnd den Wandel. Diese Sprachregelung ist von der EU ebenso übernommen worden wie sie sich auch in den Erklärungen von Frau Merkel und Herrn Westerwelle findet. Hat die "Revolution" etwa auch auf die westlichen Medien und die Politik übergreifen? Nur das Frankreich Sarkozys setzte bis auf die vorletzte Sekunde auf das alte repressive Stabilitätskonzept und unterstützte Ben Ali bis zum Augenblick seiner Flucht.

Und offensichtlich waren es nicht nur leere Worte, sondern die US-Diplomatie handelte zumindest in den Fällen Tunesien und Ägypten nach dieser öffentlich verkündeten Maxime: Als sich die Situation in Tunesien zuspitzte, gab es enge Kontakte zwischen dem Oberkommandierenden der tunesischen Armee Rachid Ammar und der US-Botschaft. Die Befehlsverweigerung Ammars gegenüber dem Präsidenten, auf die Demonstranten zu schießen, könnte also durchaus mit Rückendeckung der USA erfolgt sein. In Ägypten setzten die USA von Anfang an auf Sami Enan, den dortigen Oberkommandierenden, der zu Beginn der Krise nach Washington gereist war,<sup>46</sup> und der wohl engen Kontakt mit der US-Administration hielt.<sup>47</sup> Enan gilt als nicht korrupt. Die Zeitschrift des NATO-nahen think-tanks IISS in London vermerkt, dass der US-Verteidigungsminister Robert Gates mindestens sechs Mal mit der ägyptischen (Militär-)Führung telefonierte, um den Respekt vor den Menschenrechten einzufordern und Blutvergießen zu vermeiden.<sup>48</sup>

### **Sinneswandel des Westens: Werden "weichere Formen" der Dominanz gebraucht?**

Angesichts gerade auch der Berichterstattung in den westlichen Medien scheint auf den ersten Blick die Frage berechtigt, ob es sich bei diesem scheinbar plötzlichen Sinneswandel des Westens um die unvermeidbare Erkenntnis handelt, dass der Imperialismus auch in seinen neo-kolonialen Formen zu einem Ende kommen muss, oder aber um die Einsicht, dass die

sozial wie kulturell explosive Situation im Nahen Osten mit den alten Instrumenten, den stellvertretenden Diktaturen und den mit ihnen verbundenen korrupten Komprador-Bourgeoisien, nicht mehr regulierbar ist, dass also neue "weichere" Formen der Dominanz entwickelt werden müssen, um sowohl die politische Oberherrschaft, die geostrategische Kontrolle und die wirtschaftliche Ausbeutung weiter aufrecht erhalten zu können. Für einen Politikwechsel zu mehr Demokratie bieten sich gerade die gebildeten Mittelschichten, die unter der Unterdrückung von Meinungs- und Informationsfreiheit besonders gelitten hatten, als neue Partner an.

So erscheint es nahe liegend, zumindest eine vordergründige Lösung der Krise und der ihr zugrunde liegenden sozialen, politischen und kulturellen Blockaden zu suchen. Sie könnte, so lassen die Äußerungen derer vermuten, die in den westlichen Hauptstädten die Demokratiebewegungen in Tunesien und Ägypten bejubeln, in der klassischen Kombination von politischem und ökonomischem Liberalismus liegen, sprich in der Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien in einem bürgerlich-demokratischen politischen System, das vor allem mehr Rechtsstaatlichkeit schafft. Mit einem solchen System könnten weite Teile der Gesellschaften des Nahen Ostens, vor allem ihre Bourgeoisien und Mittelschichten leben – und auch westliches Kapital würde durchaus von einem Mehr an Rechtsstaatlichkeit profitieren, denn die Verzerrungen von Markt und Investitionschancen durch grassierende Korruption ebenso wie durch mögliche politisch-kleptokratisch motivierte Eingriffe in unternehmerische Entscheidungen, die durch die Gier der parasitär Herrschenden motiviert sind, laufen den Grundsätzen kapitalistischen Unternehmertums zuwider.<sup>49</sup> Gewaltige Bestechungsgelder, die letztlich doch nicht den erstrebten Zweck erreichen, weil ein anderer Clan im geschmierten System doch die größere Summe eingestrichen hat oder in den innerclanischen Machkämpfen die Nase vorn behalten hat, müssen als unproduktive Verluste abgeschrieben werden. Der gerade auch von der EU immer wieder erhobene Ruf nach mehr Rechtsstaatlichkeit zeigt sich so von seiner wahren, interessenbedingten Seite: Nicht die Menschenrechte stehen im Vordergrund, sondern die Rechtssicherheit für das Kapital und dessen lang- und mittelfristigen Investitionen.

Dennoch darf nicht unterschätzt werden, welcher großen Sprung der Übergang von der Despotie zu einer bürgerlich-demokratischen Ordnung in den orientalischen Gesellschaften darstellt und was die revolutionären Bewegungen in Tunesien und Ägypten tatsächlich bedeuten: Hier haben die Völker die Vor-

46) <http://www.libertarianrepublican.net/2011/02/sami-enan-to-take-over-for-mubarak.html> [19-02-11].

47) <http://www.defense.gov/news/newsarticle.aspx?id=62636> [19-02-11].

48) Lynch, Marc: America and Egypt after the Uprising. In: *Survival* Nr. 2/2011, S. 31 – 41, hier S. 36f.

49) Siehe beispielhaft die oben erwähnte Studie der tunesischen Arbeitgeber-Organisation UTICA. <http://www.maghrebemergent.info/entreprises/80-tunisie/2166-le-patronat-tunisien-qlibereq-mais-en-crise-en-quete-dune-nouvelle-image.html> [20-02-11]. Dazu auch Alnasseri, Sabah: Revolutionäre ernten die Früchte selten. In: *Prokla* Nr. 163, Heft 2(2011, S. 273 – 294, insbes. S. 285ff.

aussetzung für Demokratie erkämpft, ein entscheidendes Stück der Souveränität, indem sie die Despoten verjagten und den Anspruch des Volkes auf die Kontrolle der Regierungen anmeldeten. Und es ist mehr als wahrscheinlich, dass sie sich diesen Anspruch so leicht nicht mehr nehmen lassen werden. Auch bietet praktizierte Demokratie in bürgerlichen Systemen Handlungsspielräume für die Ausgestaltung der sozialen Verhältnisse: Demokratie muss sich nicht auf die Regularien einer Fassade beschränken, sie kann auch die Öffnung bieten zu einer Kontrolle der Ökonomie und zur Umgestaltung des Systems. Schließlich darf angenommen werden, dass in den heutigen global vernetzten Gesellschaften die Veränderungen in Lateinamerika vielleicht nicht ohne Wirkung auf die "arabische Revolution" geblieben sind und dass die Umwälzungen im arabischen Raum wiederum zurückwirken können und werden auf den Rest dessen, was einmal mit der Begriff "Dritte Welt" bezeichnet wurde – und vielleicht darüber hinaus. In diesem Sinne ist dieser *regime change light* mit Sicherheit mehr als eine Variante im noch lange nicht eingetretenen Ende der Geschichte: Mit ihm haben sich die Völker des arabischen Raums erstmals souveräne Handlungsspielräume erkämpft. Der *regime change light* erweist so sich im Kern als – vielleicht letzter – Schachzug einer im Kern weiterhin auf "Stabilisierung" gerichteten Strategie. Ob er gelingen wird, hängt entscheidend ab von den weiteren Entwicklungen nicht nur im arabischen Raum: Der Begeisterungsturm, mit dem die tunesische Delegation auf dem Welt-Sozialforum in Dakar empfangen wurde, könnte hierfür ein Indiz sein.

Wie ernst gemeint die in Tunesien und Ägypten praktizierte Politik des *regime change* wirklich ist, wird sich noch erweisen müssen. Unter außenpolitischen, vor allem geostrategischen Gesichtspunkten sind beide Länder extrem unterschiedlich: Tunesien ist ein kleines Land, seine Ölvorkommen sind kaum erwähnenswert, die Ökonomie ist gänzlich auf die EU ausgerichtet. Ägypten dagegen ist das informelle Zentrum und zugleich das bevölkerungsreichste Land der Arabischen Welt. Wer Ägypten kontrolliert, kontrolliert den Suez-Kanal, der noch immer eine zentrale Wasserstraße für die schnelle Verlegung von Kriegsschiffen und für den Transport von Öl ist. Ägypten war – nach den USA – der verlässlichste Freund Israels, mit dem es eine gemeinsame Grenze hat: Ohne die Mubarak-Regierung wäre die Blockade des Gaza-Streifens nicht möglich gewesen.

In Tunesien hatte schon Burgiba immer dem Militär misstraut und seine Rolle gering gehalten. Aufgrund der sicherheitspolitischen Besessenheit Ben Alis war die Armee in Tunesien marginalisiert, in Ägypten bildet sie seit dem Putsch der "Freien Offiziere" im Jahre 1952 das Rückgrat der Macht und ist ein wichtiger

Akteur in der ägyptischen Ökonomie: Beteiligt war und ist die Militärführung an den gigantischen Rüstungsgeschäften des Landes. Nach Israel (3 Mrd. Dollar) ist Ägypten mit 1,5 bis 2 Milliarden Dollar der zweitgrößte Empfänger von US-amerikanischer Militärhilfe. Diese Aufrüstung verfolgte keine kriegerischen Ziele, sie diente der Bereicherung des Präsidenten und der Spitzen der Armee, sind doch in diesem Geschäft "Provisionen" in der Höhe des Systempreises (bisweilen mehr) für die Besteller üblich. Diese Zahlungen beförderten das Militär zu einer Unternehmerschicht, die im Bausektor, im verarbeitenden Gewerbe, in Hotelketten investierte und derzeit etwa 40 % der ägyptischen Wirtschaft kontrolliert, weshalb im Falle Ägyptens auch von einer Militärbourgeoisie gesprochen wird. Dieses Militär wird sich seine Privilegien nicht so leicht nehmen lassen,<sup>50</sup> wenn auch gerade sein kapitalistischer Charakter erklärt, weshalb es sich in der Stunde der Entscheidung gegen Mubarak und vor allem gegen seinen als Nachfolger vorgesehenen Sohn stellte: Die herrschende Familie produzierte nicht, sie war parasitär und nutzte das oberste Staatsamt für Plünderung und Bereicherung durch Inbesitznahme produktiver Unternehmen – genau wie die Trabelsi-Familie in Tunesien.

Das tunesische Militär ist weit davon entfernt, eine ökonomische Rolle zu spielen, wie dies für Ägypten gilt. Aber auch hier bestehen über die verschiedenen Ausrüstungs- und Ausbildungsprogramme wie IMET (*International Military Education and Training*) enge Verbindungen zwischen der US-Armee und ihren Diensten und dem Offizierskorps, und je länger die Übergangssituation in Tunesien dauert, desto wichtiger scheint die Armee als einziger funktionierender Ordnungsfaktor auch in der Politik zu werden. Sollte also der *regime change* nicht in der gewünschten Richtung erfolgen, bleibt als letzter Ordnungsfaktor den USA doch immer noch die bewaffnete Macht.

50) Das jüngst durch das Militär verhängte Demonstrationsverbot wie auch die Verurteilung eines Bloggers durch ein Militärgericht zu drei Jahren Haft (FAZ 12-04-11, S. 6) sind ein deutliches Indiz.

## Kapitel 4

# Das libysche Desaster

Ägypten und Tunesien sind Nationalstaaten mit langer Tradition der nationalen Einheit. Dies zeigte sich nicht zuletzt in den Symbolen der Protestbewegungen: Nationalfahne und Nationalhymne. Libyen dagegen stand bis zum Ende des 1. Weltkriegs nominell unter osmanischer Herrschaft, die einzige politische Autorität lag in den Händen der Stämme und ihrer Führer. Eine Art föderativer Stammesstruktur gab es in Ost-Libyen, in der Cyrenaika. Dort schlossen sich seit Ende des 19. Jahrhunderts die Stämme der Senussi-Bruderschaft an, einem puristischen religiösen Orden dessen Anhängerschaft vom Senegal bis Indonesien reichte. 1911 entsandte Italien ein Expeditionskorps nach Libyen, dem insbesondere die Senoussi-Stämme heftigen Widerstand leisteten. In der Vision der italienischen Faschisten sollte Libyen dann eine Siedlungskolonie mit rund 100.000 italienischen Siedlern werden. Zu diesem Zweck wurde die einheimische Bevölkerung mit äußerster Brutalität vertrieben. Auch hier leisteten vor allem die Stämme in der Cyrenaika massiven Widerstand. Die Antwort des Kolonisators war brutale Repression: Vernichtung von Brunnen, Konfiszierung der Herden, Deportation von über 100.000 Menschen in Konzentrationslager, wo viele starben – nach Schätzungen etwa 80.000 Menschen, das war ein Drittel der damaligen Bevölkerung der Cyrenaika. Legendärer Führer des geradezu heroischen Widerstandskampfes war der Senoussi-Cheikh Omar Mukhtar.

1943 wurden die italienischen und deutschen Truppen aus Libyen vertrieben, politisch spielte nun Großbritannien die entscheidende Rolle. Die unter französischer Kontrolle stehende südliche Region des Fezzan wurde schließlich zu Libyen geschlagen, eine "Nationalversammlung" wählte den von Großbritannien protegierten Idriss, den Führer der Senoussiya, zum libyschen "König", die Vereinten Nationen erkannten Libyen im Dezember 1950 als unabhängigen Staat an.

Am 1. September 1969 putschte Oberst Mu'ammār Ghaddhafi und setzte König Idriss I. ab. Am Folgetag verfügte er die Schließung von Wheelus Field, der größten US-Luftwaffenbasis außerhalb der USA. Trotzdem erschien Libyen vielen Beobachtern relativ stabil, hatte die neue Staatsführung doch – im Gegensatz zu den anderen Rentenstaaten und begünstigt durch

die geringe Bevölkerungszahl (6 Millionen) – ein Mindestmaß an Sozialstaatlichkeit eingeführt: Kostenloses Schulwesen und kostenloses Gesundheitswesen für alle, kostenlose Kredite für den Wohnungsbau, sichere Versorgung mit Grundnahrungsmitteln; Benzin gab es beinahe zum Nulltarif. Libyen war eines der ersten Länder Afrikas, das die Malaria ausgerottete.<sup>51</sup> Das Pro-Kopf-Einkommen lag bei 11.000 Dollar/Jahr. Libyer waren gern gesehene, weil zahlungskräftige Gäste der maltesischen und tunesischen Hotels.

Waren also die sozialen Gründe für einen Aufstand in Libyen weniger gegeben, so ist doch festzuhalten, dass Ghaddhafis Regime korrupt und äußerst repressiv war, von Rechtsstaatlichkeit gab es keine Spur. Typisch für die oft erratisch erscheinenden Positionen Ghaddhafis ist auch, dass der "Revolutionsführer" im 41. Jahr seiner Herrschaft bis zuletzt seinem tunesischen Nachbarn Ben Ali die Treue hielt – wohl in der nicht unbegründeten Angst, die tunesischen Entwicklungen könnten nach Libyen überschwappen.

Bei der Verteilung der Rente kam die Cyrenaika aber offensichtlich schlechter weg als Tripolitanien, wo sich Ghaddhafi die Unterstützung durch die seinem eigenen Clan nahe stehenden Stämme erkaufte. Unter der Decke des repressiven politischen Systems verbargen sich jedoch Konflikte, die wohl weniger sozialer als tribaler und religiöser Natur waren. Wohl unter Bezugnahme auf das Vorbild Ägypten hatten diverse Gruppierungen für den 17. Februar 2011 zu einem "Tag des Zorns" aufgerufen. Vor allem der Sender *a/ Jazeera* verbreitete Meldungen über brutales Vorgehen der Sicherheitskräfte, die schnell und ungeprüft von den westlichen Medien, die damals keine Korrespondenten vor Ort hatten, übernommen wurden. Auf eine Chronologie der Ereignisse in Libyen, soweit diese rekonstruierbar sind, soll hier verzichtet werden, da dazu umfangreiches Material vorliegt.<sup>52</sup>

Tatsache ist, dass die protestierenden Menschen im Ostteil des Landes nicht dieselbe Strategie verfolgten wie die Tunesier und Ägypter: Schon am Tag nach den ersten Demonstrationen stürmten Teile der Bewegung Kasernen und Polizeistationen, um sich zu bewaffnen und die Sicherheitskräfte des Regimes anzugreifen. Welcher Staat der Welt würde solchen Entwicklungen tatenlos zusehen?<sup>53</sup> Und sie zeigten ihre

51) Collon, Michel: Libye. Révolte populaire, guerre civile ou agression Militaire, 7. März 2011. [http://www.michelcollon.info/IMG/article\\_PDF/article\\_a3100.pdf](http://www.michelcollon.info/IMG/article_PDF/article_a3100.pdf) [30-03-11].

52) Eine gute Zusammenstellung der Meldungen findet sich bei Henken, Lühr: Das libysche Öl und die NATO. <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/henken.html> [27-07-11]. Vgl. auch IMI: Krieg gegen Libyen – Ursache, Motive und Folgen: <http://www.imi-online.de/print.php?id=2316> [27-07-11].

53) Siehe dazu und zu den Hintergründen des Krieges Buro, Andreas/Ronnefeldt, Clemens: Der NATO-Einsatz in Libyen ist (Öl-)interessengeleitet, <http://www.aixpaix.de/autoren/buro/libyen2.html> [10-05-11].

eigene Flagge: Die Fahne des Königreichs Libyen unter Idriss I. Der arabische Fernsehsender *al Jazeera* berichtete ausführlich über von Ghaddhafi angeheuere schwarzafrikanische Söldnerbanden, die die Zivilbevölkerung terrorisierten. Er lieferte auch Berichte, dass Ghaddhafi seine Truppen mit Potenzmitteln versorgt habe, um Massenvergewaltigungen durchführen zu lassen. Diese Berichte wurden später von einem UN-Ermittler als eindeutig falsch zurückgewiesen.<sup>54</sup> Berichte über die massenhafte Verfolgung und Ermordung schwarzafrikanischer Gastarbeiter durch die Rebellen<sup>55</sup> wurden schon sehr früh in afrikanischen Medien gemeldet, fanden aber nur spärlich Eingang in die westliche Berichterstattung, auch *al Jazeera* thematisierte diese Verfolgungen so gut wie nicht, obwohl das UN-Hochkommissariat erklärte, dass allein bis zum 16. März 2011 – also vor Beginn der Bombardements – mehr als 300.000 Menschen aus Libyen geflohen waren, "die meisten von ihnen ausländische Arbeiter".<sup>56</sup>

### Die brüchige Grundlage der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates

Die behaupteten oder realen Menschenrechtsverletzungen wurden kurioser Weise gerade von jenen Staaten als Argument gegen den libyschen Herrscher aufgegriffen, die selbst geradezu Musterbeispiele der Repression und der Missachtung der elementarsten Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger sind: dem Golf-Kooperationsrat. Dieser beantragte eine Sitzung der Arabischen Liga, an der von den 22 Mitgliedsstaaten elf teilnahmen. Gegen die Stimmen Algeriens und Syriens beschloss die Liga mit neun Stimmen, "den Sicherheitsrat aufzufordern, seiner Verantwortung gerecht zu werden, indem er ein Embargo über den libyschen Luftraum verhängt, um das Volk Libyens zu schützen."<sup>57</sup> Dieser Beschluss, den der Generalsekretär der Liga, Amr Moussa, schon am nächsten Tag relativierte, wurde von Frankreich und Großbritannien zum Anlass genommen, um im UN-Sicherheitsrat jene Resolution 1973 einzubringen und verabschieden zu lassen, die in der Tat die Einrichtung einer Flugverbotszone völkerrechtlich legitimierte und zu ihrer Durchsetzung eine noch unbestimmte Koalition der Willigen ermächtigte, hierzu "alle erforderlichen Mittel" einzusetzen.<sup>58</sup> Dass der Sicherheitsrat sich bei der Begründung auf Medienberichte und ungeprüfte Fakten, die meist ausschließlich aus Berichten von *al Jazeera* stammten, berief und die von den Ratsmitgliedern China und Russland geforderte Entsendung

einer Untersuchungskommission mehrheitlich ablehnte, ist nur ein wenn auch wichtiges Detail dieser politischen Entscheidungsfindung.

Zur Einschätzung der Informationsgenese ist jedoch dieser arabische Sender kurz zu beleuchten: *al Jazeera* erfreut sich im gesamten arabischen, ja islamischen Raum ungeheurer Beliebtheit. Seit vielen Jahren profiliert sich der Sender (mit einem arabischen und einem englischen Programm) als Sprachrohr der Kritik an den herrschenden Verhältnissen im arabisch-islamischen Raum, er gab den Oppositionellen, Menschenrechtlern, Frauen in fast allen arabischen Diktaturen eine Stimme. Deshalb ist er in den meisten arabischen Despotien verboten, der Empfang wird oft gestört. Es war auch *al Jazeera*, der die tunesischen und ägyptischen Revolten feierte. Reporter des Senders waren immer unmittelbar vor Ort, mindestens sieben seiner Mitarbeiter wurden während der Unruhen getötet. *Al Jazeera* hatte gewissermaßen das Monopol der Berichterstattung während der Ereignisse in Tunesien und Ägypten, nahezu sämtliche Bilder, die von westlichen Fernsehsendern ausgestrahlt wurden, stammten von diesem Sender.

*Al Jazeera* ist beheimatet in Qatar und scheint unbeschränkte Freiheit in der Berichterstattung zu genießen. Qatar war eine der treibenden Kräfte im Zustandekommen der Resolution der Arabischen Liga, im Konflikt in Libyen stand *al Jazeera* von Anfang an schier bedingungslos auf der Seite der Rebellen, die somit über einen wirkungsvollen Propaganda-Sender verfügen. Qatar ist darüber hinaus der einzige arabische Staat, der mit seiner Luftwaffe aktiv an der Koalition der Willigen im Krieg in Libyen teilnimmt.

Die aufgrund des Stimmenverhältnisses problematische Resolution der Arabischen Liga diente also dem Sicherheitsrat als Ausgangspunkt für die Resolution 1973. Dass diese dann am 17. März so schnell zustande kam, überraschte: Bis zum 16. März signalisierte die Obama-Administration, dass sie gegen ein militärisches Eingreifen in Libyen sei.<sup>59</sup> Insbesondere Verteidigungsminister Robert Gates verwies nicht nur auf die Kosten eines weiteren Krieges, er warnte wiederholt und nachhaltig vor einer militärischen Intervention und insbesondere vor einer Flugverbotszone, da diese nur durch Zerstörung der militärischen Infrastruktur möglich sei, also Krieg bedeute. Die Resolution folgt dieser Einsicht ein Stück weit indem sie zwar die Koalition der Willigen autorisiert, zur Durchsetzung der Flugverbotszone "alle notwendigen Mittel" einzusetzen, sprich die gesamte logistische Infrastruk-

54) Der Standard, 10. Juni 2011

55) <http://libyancivilwar.blogspot.com/2011/05/anti-black-racism-among-libyan-rebels.html> [04-04-11].

56) <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=37809&Cr=libya&Cr1> [04-04-11].

57) Zit. nach IISS (International Institute for Strategic Studies): Strategic Comments: Libya: Direct military hits, unclear political targets. <http://www.iiss.org/publications/strategic-comments/past-issues/volume-17-2011/march/options-in-libya-after-un-vote/> [20-03-11].

58) Dazu und zur weiteren Entwicklung der Intervention: Crome, Erhard: Der libysche Krieg des Westens, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mai 2011, 76 S. Zur völkerrechtlichen Problematik dieser Resolution s. u. a. Merkel, Reinhard: Die Militärintervention gegen Gaddhafi ist illegitim. <http://www.faz.net/artikel/530351/voelkerrecht-contra-buergerkrieg-die-militaerintervention-gegen-gaddafi-ist-illegitim-30331240.html> [22.-07-11]. Dazu auch der Kommentar von Norman Paech in: Junge Welt, 30. März 2011.

59) Editorial des Middle East Research and Information Project (MERIP) vom 22. März. In deutscher Fassung in: INAMO Nr. 65, Frühjahr 2011, S. 31 – 34.



tur der libyschen Streitkräfte zu vernichten, aber "eine ausländische Besatzungsmacht in jeglicher Form auf irgendeinem Teil libyschen Territoriums" kategorisch ausschließt. Dies dürfte entscheidend gewesen sein, um die Stimmenthaltung Chinas und Russlands zu erreichen und ein Veto dieser beiden Staaten zu verhindern.



### Der Kurswechsel der USA

Ein weiterer Grund für das Zögern der USA waren Geheimdienstberichte, die prognostizierten, dass bei einer militärischen Auseinandersetzung langfristig das Regime Ghaddhafis die Oberhand gewinnen könne.<sup>60</sup> Doch bereits am Tag nach Verabschiedung der Resolution gab Obama das wirkliche Kriegsziel bekannt, obwohl hiervon in der Resolution mit keinem Wort die Rede war: "Ghaddhafi muss gehen!" Damit erhielt die Aktion gegen Libyen eine völlig neue Dimension: Keineswegs ging es mehr um den Schutz einer real oder imaginär von Ghaddhafis Truppen bedrohten Zivilbevölkerung oder von Teilen derselben, sondern es ging, offen deklariert, um einen Regime-Change, proklamiert von der Führungsmacht des Westens.

Der plötzliche Sinneswandel des Präsidenten dürfte ausgelöst worden sein durch das Vorpreschen Großbritanniens und vor allem des französischen Präsidenten Sarkozy. Bereits am 18. März, nur Stunden nachdem die Resolution 1973 beschlossen war, erklärte die französische Regierung ihre Anerkennung des in Benuha anässigen "Nationalen Übergangsrats", der von den Rebellen gebildet wurde.<sup>61</sup>

Pikanter Weise erfolgte diese Anerkennung, während zeitgleich sowohl die NATO- wie die EU-Außenminister in Brüssel über den Konflikt mit Libyen konferierten, wo auch der französische Außenminister Juppé von dem Beschluss seines Regierungschef erfuhr. Die führenden Staaten der NATO und der EU ignorierten das Angebot Ghaddhafis, die Forderungen der Resolution 1973 zu erfüllen, einen Waffenstillstand zu befolgen und Inspektoren der UN nach Libyen kommen zu lassen, um die Einhaltung des Waffenstillstands seitens seiner Truppen zu überwachen.<sup>62</sup>

Überrascht wurden die deutsche und die internationale Öffentlichkeit von der Position Deutschlands, das sich im Sicherheitsrat bei der Abstimmung über die Resolution 1973 – zusammen mit China, Russland, Indien und Brasilien – der Stimme enthalten hatte. Das deutsche Stimmverhalten löste in der Bundesrepublik eine heftige Debatte und massive Kritik am Auswärtigen Amt aus: Nicht nur in der CDU und in der FAZ,<sup>63</sup> auch in der SPD, bei den GRÜNEN und nicht zuletzt seitens des Direktors der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung hagelte es massive Kritik.<sup>64</sup> Deutschland habe sich in der "internationalen Gemeinschaft" isoliert, beschädige die Solidarität in NATO und EU und gefährde deren Zusammenhalt. Die Aporie solcher Argumentation besteht darin, dass sie offensichtlich politische Macht ausschließlich auf militärische Stärke und deren Ausübung reduziert. Gerade die Friedensforschung weiß, dass "Macht" ein viel komplexeres Phänomen ist und der Einsatz ihrer militärischen Dimension oft eher ein Zeichen von Schwäche darstellt.

Nun könnte man sich freuen, hätte die Bundesrepublik Deutschland sich mit ihrem Abstimmungsverhalten am Völkerrecht orientiert, denn es war klar – und wurde schon am Folgetag belegt – dass die Resolution keineswegs nur die Errichtung einer Flugverbotszone zum Ziele hatte, sondern das aktive Eingreifen in einen Bürgerkrieg mit dem klaren Ziel, Ghaddhafi mit militärischen Mitteln von der Macht zu vertreiben, sprich: eine militärische Aktion innerhalb eines Staates, die nach Art. 2.7 der UN-Charta eindeutig verboten ist.

### Die Interessen hinter der deutschen Position

Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die deutsche Entscheidung klar von Interessen bestimmt war: Trotz aller Propaganda seitens der Kriegsbefürworter einschließlich des "Friedensforschers" Harald Müller waren NATO und EU in dieser Frage keineswegs ge-

60) a.a.O.

61) <http://www.france24.com/fr/20110310-france-reconnaissance-conseil-national-transition-libye-kadhafi-cnt-tripoli-ambassade-benghazi> [25-03-11].

62) <http://www.iol.co.za/news/africa/libya-ready-for-ceasefire-1.1074597> [31-05-11].

63) Rühl, Lothar: Suche nach dem Ausweg, FAZ 29. Juni 2011, S. 8. Rühl stellt fest, wie schwer der von Außenminister Westerwelle maßgeblich verursachte Schaden ist.

64) Crome a. a. O. S. 42 – 45. Pauschal und ohne Erwähnung der libyschen Angebote zur Einhaltung der Forderungen der Resolution 1973 und des Angebots, UN-Beobachter nach Libyen einreisen zu lassen, die den Waffenstillstand überwachen sollten, übernahm Müller die klischeerte Berichterstattung: "Der Diktator Gaddafi drohte dem aufständischen libyschen Volk mit Mord und Totschlag." Und schloss: "Die deutsche Reputation ist schwer geschädigt. In den vier Jahrzehnten, in denen ich deutsche Außenpolitik beobachte, ist mir kein derartiges Desaster begegnet." <http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/standpunkt0211.pdf> [30-07-11].

geschlossen: Sowohl Polen wie insbesondere die Türkei zeigten sich von Anfang an reserviert gegenüber dem Militäreinsatz, Ankara forderte nachdrücklich Verhandlungen zur Lösung des Konflikts. Keineswegs standen und stehen die EU-Staaten geschlossen hinter diesem Krieg, von dem selbst NATO-Generalsekretär Rasmussen erklärte, es gebe keine militärische Lösung.<sup>65</sup> Vor allem die Afrikanische Union wandte sich von Anfang an massiv gegen die Militärintervention, forderte mehrfach die Entsendung von Untersuchungskommissionen, um insbesondere die erklärte Bereitschaft Ghaddhafis zu einem Waffenstillstand und die Beschuldigungen in Sachen Menschenrechtsverletzungen zu überprüfen – bisher vergeblich. Jedoch ist der weitgehend gleich lautende Vorschlag der Türkei und der Afrikanischen Union noch nicht vom Tisch. Er sieht vor: Sofortiger Waffenstillstand, Beendigung der Belagerung der eingeschlossenen Städte, humanitäre Hilfe und Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien.<sup>66</sup> Ja, die vorliegenden Vermittlungsvorschläge erhalten umso mehr Gewicht, als nach dreieinhalb Monaten Bombenkrieg die militärische Lösung des Konflikts immer unwahrscheinlicher erscheint und selbst Italien, Frankreich und Großbritannien den Gesprächsfaden zu Ghaddhafi suchen.

Deutschlands wird sich einem solchen Vorschlag zumindest öffentlich wohl kaum anschließen, zu stark ist das Denken in Bündnissen, die zur Staatsräson erhoben werden, zu wirksam ist auch die Kritik durch alle politischen Lager – von der LINKE abgesehen. Dennoch stellt das Verhalten im Sicherheitsrat einen Meilenstein dar, an dem zu erkennen ist, dass Deutschland sich an seinen langfristigen Interessen orientiert und Bündnis-Solidarität kein Automatismus mehr ist. Der jüngste Besuch von Kanzlerin Merkel in Afrika zeigte, dass der Schwarze Kontinent inzwischen hoch oben auf der wirtschaftlichen und politischen Agenda Berlins steht. Langfristige Interessen, gerade auch der Rohstoffsicherung dürften dieses Eingehen auf die Position der Afrikanischen Union ebenso erklären wie die Interessen Deutschlands an der Pflege seiner Beziehungen zu den anderen Mächten, die sich enthielten: Russland, China, Indien und Brasilien.

Die schwachen Staaten Afrikas befürchten jedoch nicht zu Unrecht, dass die neu entwickelten internationalen Instrumente der *responsibility to protect* und der Internationale Strafgerichtshof dazu genutzt werden können, die letzten Elemente ihrer Souveränität zu beseitigen: So wurden vor dem Internationalen Strafgerichtshof bisher nur afrikanische Politiker

angeklagt. Im Falle Libyens benennt der Ankläger Moreno-Ocampo sogar die mehr als dubiosen von *al Jazeera* kolportierten Gerüchte über Massenvergewaltigungen als Grund für die Ausstellung von Haftbefehlen gegen Mu'ammār al Ghaddhafi, seinen Schwager, seinen Sohn Seif al Islam, den Geheimdienstchef Abdullah Sanussi.<sup>67</sup> All dies lässt internationale Institutionen zunehmend als Instrumente westlicher Herrschaftssicherung erscheinen.

Damit wird, wie schon so oft,<sup>68</sup> die Menschenrechtsfrage zum zentralen Interventionsgrund gemacht, wie dies zum ersten Mal in der Sicherheitsrats-Resolution 688 gegen den Irak der Fall war und seine Fortsetzung fand in den Resolutionen zur ersten Intervention in Somalia, zur Intervention in Haiti und vor allem zur Rechtfertigung des Krieges gegen Jugoslawien. Ohne dies explizit zu benennen, atmet die Resolution 1973 des Sicherheitsrates den Geist jener *responsibility to protect* (kurz: R2P), die beschworen wird, um das Interventionsverbot des Art. 2.7 der UN-Charta außer Kraft zu setzen. Die R2P aber ist keineswegs, wie meist suggeriert wird, bereits geltendes Völkerrecht: Vom Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen wurde das Konzept mit dem Auftrag zur Prüfung an die UN-Generalversammlung überwiesen. Symptomatisch ist allerdings, dass das Konzept nicht nur als schon gültig diskutiert wird, sondern dass diese Debatten sich ausschließlich auf eine seiner Dimensionen, nämlich auf die militärische beziehen.<sup>69</sup> Erhellend an der Debatte ist auch eine britische Studie zum Thema,<sup>70</sup> die vom ehemaligen britischen Außenminister Douglas Hurd ausführlich für *Survival*, die Zeitschrift des Londoner *Instituts für Strategische Studien* (IISS), besprochen wurde.<sup>71</sup> Dort hebt dieser lobend hervor, dass angesichts der Vielzahl der Konflikte in der Welt diese nur selektiv behandelt werden können. Nach welchen Kriterien die "internationale Gemeinschaft" die Interventionen dann durchführen würde, zeigt nicht zuletzt die libysche Krise.

Schließlich ist auch klar, wer hier intervenieren wird: Diejenigen in der Staatengemeinschaft, die dazu die Mittel haben: Eben jene "Internationale Gemeinschaft", die historisch für Unterentwicklung und Elend der ehemaligen Welt, für die "kannibalische Ordnung" (Jean Ziegler) die Hauptverantwortung trägt, die infolge der Durchsetzung des Neoliberalismus weltweit die Verschärfung der sozialen Antagonismen, den massenhaften Hunger und Tod in globalem Ausmaß zu verantworten hat. Schon 2003 hat die Europäische Sicherheitsstrategie<sup>72</sup> die Zielsetzung treffend auf den

65) <http://www.news.at/articles/1114/19/293722/es-loesung-nato-chef-rasmussen-libyen-konflikt> [12-04-11]. Vgl. auch FAZ am 11. und 12. April 2011.

66) Vgl. Mutz Reinhard: Libyen: Lizenz zum Töten? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/2011, S. 53 – 56.

67) <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,770808,00.html> [28-06-11].

68) Ruf, Werner: Die neue Welt-UN-Ordnung, Münster 1994.

69) Ruf, Jöst, Strutynski, Zollet: Militärinterventionen: Verheerend und völkerrechtswidrig. Berlin 2009, S. 19 – 21.

70) Evans, Gareth: The Responsibility to Protect. Ending Mass Atrocity Crimes Once and For All. Washington 2008.

71) *Survival* 2/2009. S. 175 – 181.

72) EU-Institute for Security Studies: A secure Europe in a better world. European Security Strategy. Paris 2003.

Punkt gebracht, wenn sie in ihrer Lageanalyse darauf verweist, dass im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts 45 Millionen Menschen an Hunger gestorben sind. Dies sei der Grund für Krisen. Die Schlussfolgerung daraus: "Wir müssen fähig sein, zu handeln, bevor Länder um uns herum in eine schlechte Lage geraten. Präventives Engagement kann schwierigere Probleme in der Zukunft vermeiden."

### **Libyen: Präzedenzfall einer neuen internationalen Ordnung?**

Somit ist die Intervention in Libyen vor allem zu verstehen als wichtiger weiterer Präzedenzfall zur Schaffung einer internationalen Ordnung, die darauf basiert, Regierungen in der vormaligen Dritten Welt gefügig zu machen bzw. diese auszuwechseln, sollten sie sich den Forderungen des Westens widersetzen. Sowohl der Internationale Strafgerichtshof wie insbesondere die R2P entpuppen sich so als Instrumente eines neuen Neokolonialismus, der sich der Menschenrechte bedient, um seine politischen und ökonomischen Interessen durchzusetzen.

Damit wird das gesamte Dilemma dieses Krieges offensichtlich, das selbst das ISS unter den Titel "Direkte Militärschläge, unklare politische Ziele" setzt.<sup>73</sup> Die Luftschläge der Allianz während der ersten Woche des Krieges waren so effizient, dass, wie der Oberkommandierende der US Truppen, General Mullen, erklärte, "in der Tat, die Flugverbotszone eingerichtet worden (ist)."<sup>74</sup> Tatsache ist, dass dennoch die Koalition der Willigen zunehmend gezielt Gebäude angreift, in denen Ghaddhafi selbst oder seine Familienangehörigen vermutet werden. Die physische Beseitigung eines Regimes bzw. seines Protagonisten aber stellt eine schwere Verletzung des Völkerrechts dar und ist durch keine Auslegung der Resolution 1973 zu rechtfertigen.

Geradezu grotesk erscheint aber die bedingungslose Unterstützung Frankreichs und Großbritanniens für den ominösen Übergangsrat in Benghazi, weiß man doch bis heute nicht genau, wer darin agiert. Vertreten sind dort sowohl beinharte Islamisten wie neoliberale Figuren, die von den USA nach Benghazi entsandt wurden, ehemalige Getreue Ghaddhafis und – wahrscheinlich – Personen mit engen Kontakten zu den Geheimdiensten der Koalitionäre. Wie brüchig diese Exekutive ist, zeigt die offensichtliche Ermordung des Oberkommandierenden der Truppen der Rebellen, "General" Abdel Fatah Yunes am 28. Juli 2011.<sup>75</sup> Festzustellen ist auch, dass die Rebellen, unterstützt von einem der einflussreichsten Propaganda-Sender, *al Jazeera*, und der mächtigsten Luftwaffe der Welt bisher kaum militärische Fortschritte am Boden verzeichnen können. Angesichts der unklaren

Verhältnisse und der nicht erkennbaren politischen Ziele wird verständlich, dass sowohl Frankreich wie auch Italien und Großbritannien zwar ihre Militäroperationen fortsetzen, jedoch zeitgleich das Gespräch mit Ghaddhafi suchen. Ob dies schließlich in einer Teilung des Landes enden könnte, die in etwa die alten Einflusszonen Frankreichs und Großbritanniens wieder herstellen würde, mag durchaus Resultat dieses Krieges sein. Als politisches Ziel erscheint dies jedoch – trotz aller Interessen an libyschem Öl und Gas – eher dürftig, denn Ghaddhafi war Jahrzehnte lang doch ein recht verlässlicher politischer Partner, der vor allem Stabilität sicherte und Europa wirksam vor ungeliebten Flüchtlingen schützte. Der *regime change light* nach dem Modell Ägypten und Tunesien scheint ebenfalls keine Lösung zu sein, denn es gibt in Libyen keine entwickelte Zivilgesellschaft, die ein bürgerlich-demokratisches System tragen könnte.

Es wird also wohl so kommen, wie die CIA und hohe US-Militärs vorhergesagt haben: Der Krieg in Libyen ist nicht zu gewinnen. Was bleiben wird, sind auf jeden Fall gigantische Schäden. Schwierig bleibt die Frage, was den Meinungsumschwung in den USA bewirkt hat. Immanuel Wallerstein hat hierzu die interessante These formuliert, dass die Resolution der Arabischen Liga den noch nicht abgeschlossenen Entscheidungsprozess in Washington nachhaltig beeinflusste: Saudi-Arabien und die reaktionären Despoten am Golf sind die Systeme, die am meisten jeden demokratischen Wandel fürchten müssen. Es war in ihrem Interesse, den in Tunesien und Ägypten begonnenen Prozess der Demokratisierung zu stoppen, gefährdete er doch fundamental den Bestand ihrer Systeme.<sup>76</sup> Und in der Tat: Im Windschatten des Krieges in Libyen marschierten Saudi-Arabien und die Staaten des Golf-Kooperationsrates in Bahrein ein und zerschlugen mit äußerster Brutalität die dortige Demokratiebewegung – kaum beachtet von den westlichen Medien und von *al Jazeera*. Der Krieg in Libyen re-legitimierte die Anwendung brutaler militärischer Gewalt, zum Erhalt diktatorischer Stabilität. Diese Lektion scheint auch die Assad-Sippe in Syrien begriffen zu haben, die mörderisch gegen die protestierenden Massen vorgeht und vor allem einen Trumpf besitzt, der den Westen wie auch Israel nur zu müden verbalen Protesten veranlasst: Wie kaum ein anderes arabisches Regime hat Assad die Grundregel dieser Diktaturen befolgt: Jede Opposition so gründlich – auch physisch – zu vernichten, dass eine Alternative zu seiner Herrschaft nicht in Sicht kommen kann.

Die nun schon mehr als drei Monate dauernden massiven Bombardierungen aller nur erdenklichen Ziele in Libyen haben es nicht vermocht, den Regime-Wechsel herbeizuführen oder die Rebellen in die Lage

73) <http://www.iiss.org/publications/strategic-comments/past-issues/volume-17-2011/march/options-in-libya-after-un-vote/> [20-03-11].

74) ebenda

75) <http://german.ruvr.ru/2011/07/29/53902362.html> [30-07-11].

76) <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/wallerstein.html> [30-07-11].

zu versetzen, große Teile des Landes zu kontrollieren. Obwohl sie mehr und mehr darauf angelegt zu sein scheinen, Ghaddhafi selbst zu töten, wurde auch dieses Ziel nicht erreicht. Den Kriegführenden selbst gehen inzwischen die Bomben und Raketen aus. Welch fürchterliche Zerstörungen angerichtet wurden und wie viele unschuldige Menschen sterben mussten, wird man bestenfalls nach Beendigung der Angriffe erfahren. Eine der wenigen Stimmen der Vernunft ist der Bischof von Tripolis, Giovanni Martinelli, der die Absurdität des Krieges auf den Punkt brachte: "Den Leuten (in Libyen, W.R.) ist unverständlich, dass da nun 'gezielt' Bomben abgeworfen werden sollen. Was heißt 'gezielt'? Worauf zielen sie?" Und: "Es ist verrückt, zu denken, man könne eine Stadt bombardieren und dabei keine zivilen Opfer haben."<sup>77</sup>



### Kommt es zur Teilung Libyens?

Das Hauptziel des Krieges, die Beseitigung des Regimes von Mu'ammar al Ghaddhafi, scheint nicht erreichbar zu sein. Deshalb mehren sich die Nachrichten, dass Frankreich, Großbritannien und Italien in den Kulissen mit Vertretern des verhassten Regimes über Lösungen verhandeln und wohl auch die Rebellen dazu drängen, eine wie auch immer geartete Form der Kohabitation mit Ghaddhafi zu akzeptieren.<sup>78</sup> Diese Meldungen stützen die Vermutung, dass eine "Friedenslösung" durchaus auf eine Teilung des Landes hinauslaufen könnte: Ein Regime wäre beseitigt, das trotz allen Entgegenkommens gegenüber dem Westen doch immer auch die Eigenständigkeit und Souveränität der afrikanischen Staaten betont

hat. Der Wiederaufbau zweier Öl und Gas produzierender Staaten würde es ermöglichen, die für den Krieg ausgegebenen Unsummen zu einem großen Teil wieder in die Staatskassen zurück zu führen. Und: Die Verhandlungspositionen der westlichen Industrienächte wären gegenüber zwei neuen und geschwächten Staaten umso stärker. Ein solches Ergebnis des Krieges könnte ein altes Ziel westlicher Politik realisierbar werden lassen: die Zerschlagung der OPEC oder zumindest ihre entscheidende Schwächung. Völlig zu Recht benennt Ingar Solty den freien Ölfluss als erstes Kriegsziel.<sup>79</sup>

Völlig unbeachtet und geradezu autistisch bleiben in der westlichen Debatte die Folgen dieses Krieges für die Region: Nicht nur ist keineswegs sicher, was aus Libyen werden wird, wenn endlich die Waffen schweigen, auch die Auswirkungen auf die Nachbarstaaten und die ganze Region scheinen dem Westen zumindest vorläufig völlig nebensächlich zu sein. Zwar wird mit phasenweise großer Aufregung über die rund 20.000 Flüchtlinge berichtet, die aus Tunesien und Libyen nach Lampedusa gelangt sind, ganz als ob sie die gesamte EU destabilisieren könnten. Dass hunderttausende Menschen nach Ägypten und Tunesien geflohen sind und für diese Länder in ihrer derzeitigen Übergangsphase eine gewaltige Belastung darstellen, scheint die europäischen Hauptstädte nicht zu interessieren. Allein Tunesien sieht sich mit etwa einer halben Million Flüchtlinge konfrontiert, die zu großen Teilen aus Schwarzafrika und Asien stammen. Hinzu kommen Zehntausende tunesische Wanderarbeiter, die in Libyen Arbeit und Brot gefunden hatten und nun das Heer der im Lande Arbeit Suchenden vergrößern. Und Tunesien ist selbst in die Kriegshandlungen hinein geraten: Im Nefoussa-Gebirge, das beiderseits der Grenze liegt, kämpfen die Konfliktparteien. Rebellen haben sich dort verschanzt und liefern sich Gefechte mit Ghaddhafi-treuen Truppen, die ihrerseits tunesischen Gebiet beschießen.

Vermögende libysche Flüchtlinge treiben mit der Anmietung oder dem Kauf von Wohnungen die tunesischen Immobilienpreise nach oben, Mineralwasser ist im Lande kaum mehr erhältlich, weil die tunesische Produktion nach Libyen verschoben wird, die zu Beginn des Fastenmonats Ramadan ohnehin wegen der starken Nachfrage steigenden Lebensmittelpreise erleben einen neuen Boom, da offensichtlich Teile des libyschen Marktes auf Schmuggelwegen mit versorgt werden. Dennoch werden die Flüchtlinge von Privatpersonen und Organisationen versorgt, viele libysche Familien haben bei Tunesiern Aufnahme gefunden. Für die tunesische Volkswirtschaft, die belastet ist

77) Zit. nach Crome a.a.O S. 67.

78) So die Neue Züricher Zeitung am 11. Juli 2011.

[http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/ghadhafi\\_libyen\\_paris\\_rebellen\\_verhandlungen\\_1.11314409.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/ghadhafi_libyen_paris_rebellen_verhandlungen_1.11314409.html) [29-07-11], vgl. auch Focus am 11. Juli 2011. Der Meldung zufolge hat der französische Verteidigungsminister erklärt "Wir beenden das Bombardement, wenn die Libyer untereinander verhandeln." [http://www.focus.de/politik/ausland/krise-in-der-arabischen-welt/staatskrise-frankreich-in-direkten-verhandlungen-mit-gaddafi-regime\\_aid\\_644677.html](http://www.focus.de/politik/ausland/krise-in-der-arabischen-welt/staatskrise-frankreich-in-direkten-verhandlungen-mit-gaddafi-regime_aid_644677.html) [29-07-11].

79) Solty, Ingar: Krieg gegen einen Integrationsunwilligen. In: Prokla Nr. 163, Heft 2/2011, S. 295 – 316.

durch Produktionsausfälle und zunehmende wilde Streiks ist dies jedoch eine Belastung, die in der aktuellen Übergangsphase möglicherweise nicht ohne politische Folgen bleiben wird.

Noch problematischer ist die Zerstörung des libyschen Gewaltmonopols für den angrenzenden saharischen Raum: Die algerische Presse wird nicht müde, in alarmistischen Berichten den Terrorismus zu beschwören, der von der ominösen *Al Qa'eda im Islamischen Maghreb* ausgeht. Diese Gruppierung, die nach (vor allem algerischen) Geheimdienstberichten mit dem Netzwerk Bin Ladens verbunden sein soll, ist zumindest als kriminelle Vereinigung zu einem echten Problem nicht nur für Algerien, sondern auch für die Sahelstaaten Tschad, Niger, Mali und Mauretanien geworden. Kern dieser Gruppierung war ursprünglich eine aus der algerischen Terrororganisation "Bewaffnete Islamische Gruppen" (GIS) hervorgegangene Bande, die erstmals in Erscheinung trat durch die Entführung von 32 hauptsächlich deutschen, österreichischen und schweizer Touristen in der Sahara im Jahre 2003. Nach der monatelangen Verschleppung der Entführten durch verschiedene Länder des Sahel, in deren Verlauf eine Frau starb, kamen die Entführten nach Zahlung von Lösegeldern in mehrfacher Millionenhöhe frei.

Anführer der Entführer war ein zu den GIA übergegangener algerischer Fallschirmjäger, genannt el Para, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als algerischer Agent die GIA unterwandert, wenn nicht teilweise aufgebaut hatte.<sup>80</sup> Diese Gruppierung, die sich inzwischen zu einem realen Machtfaktor in der Sahara entwickelt zu haben scheint, kontrolliert die lukrativen Schmuggelwege durch die Sahara, wo Zigaretten, Waffen, Autos transportiert werden. Das große Geld machen die sich als islamistische Organisation ausgebenden Räuberbanden jedoch mit Entführungen, Menschenhandel in der transafrikanischen Migration und im Drogenhandel: Inzwischen verläuft die wichtigste Route des Transports von kolumbianischen Drogen nach Europa und in die USA von Westafrika durch die Sahara zur Mittelmeerküste.<sup>81</sup>

Die Zerstörung der Staatlichkeit in Libyen hat offensichtlich dazu geführt, dass große Mengen von Waffen aller Art, darunter sogar Boden-Luft-Raketen, in die Hände dieser Banditen geraten sind. Von den algerischen Diensten in die Presse lancierte Meldungen sprechen sogar von Stinger-Raketen. Welchen Umfang auch immer dieser Waffenhandel haben mag, für die prekären Staaten Tschad, Mali, Niger, Mauretanien, die allesamt zu den ärmsten der Welt gehören, stellen das Erstarken dieser Banden und ihre zunehmenden militärischen Fähigkeiten – egal

ob sie nun zum Netzwerk *al qa'eda* gehören oder nicht – eine reale Bedrohung dar, die durchaus zur politischen Destabilisierung dieser Länder führen kann. Inwieweit der Krieg in Libyen hier möglicherweise eine Büchse der Pandora geöffnet hat, wird abzuwarten bleiben.

80) Ruf, Werner: Wer tötet wen? Unübersichtlichkeiten und Interessen im algerischen Bürgerkrieg. In: ÖSFK/Thomas Roithner (Hrsg.): Krieg im Abseits. Wien/Berlin, 2011, S. 127 – 140.

81) Brombacher, Daniel: Beispiele von Konflikten im Abseits – Organisiertes Verbrechen und Gewalt in Lateinamerika. In: ÖSFK/Thomas Roithner (Hrsg.): Krieg im Abseits. Wien/Berlin, 2011, S. 107 - 126.

## Fazit

**Mehr als nur "Arabellion"?**

Die Aufstände in Tunesien und Ägypten waren sicherlich ein Fanal, zunächst für die arabische Welt. Und sie verweisen auf eine elementare Grundlage der Demokratie: Die Volkssouveränität. Inwieweit es den Völkern – gerade auch des arabischen Raums – gelingen wird, diese Souveränität real zu gewinnen und dauerhaft auszuüben, muss sich noch erweisen, denn die Bedingungen sind schwierig: Weder kann Militär als demokratische Kraft gesehen werden (und das gilt auch für Tunesien), noch wird es leicht sein, nicht nur die nationalen Bourgeoisien zumindest zu kontrollieren, sondern vor allem die Länder zumindest ein Stück weit aus ihrer Außenabhängigkeit (verlängerte Werkbänke, Tourismus etc.) zu lösen. Damit dies gelingen kann, muss ein neues, vielleicht revolutionäres Selbstverständnis entstehen, das unmittelbar mit dem Begriff der Würde verbunden ist. Die Wiederherstellung der Würde ist mehr als ein romantisch-bürgerliches Schlagwort: Der Begriff hat sich als wirkungsmächtige Kraft erwiesen und meint ein freies, selbstbestimmtes Leben unter menschenwürdigen, also nicht-ausbeuterischen, materiellen Bedingungen. Dass hierfür die politischen Rahmenbedingungen gesetzt werden müssen, ist die Erkenntnis und auch das Ziel der protestierenden Massen.

Aber nicht nur wegen dieser freiheitlichen, die Würde des Menschen betonenden Ziele könnten die Revolten im arabischen Raum eine Zäsur darstellen: Sie fallen in einen Zeitraum, in dem sich in der Weltgesellschaft nachhaltige Veränderungen abzeichnen: Das Verhalten der USA gegenüber den Revolten in Ägypten und Tunesien hat gezeigt, dass viele alte Paradigmen ihre Gültigkeit verloren haben, dass auf Diktaturen kein Verlass mehr ist, dass mit den Menschen gerechnet werden muss. Auch zeigen diese Entwicklungen, dass der von Charles Krauthammer beschworene "unipolare Augenblick"<sup>82</sup> sich offensichtlich dem Ende zuneigt:

- Die Finanzkrise ist an den Vereinigten Staaten nicht spurlos vorbeigegangen, die derzeitigen Haushaltsschwierigkeiten sind nicht zuletzt auch die Folge der seit Jahrzehnten geführten verlustreichen und ergebnislosen Kriege.
- Die Kriege in Irak und Afghanistan sind verloren und damit gleichzeitig ein Anzeichen dafür, dass die USA den Zenit ihrer Macht überschritten haben: Die wirtschaftlichen Folgen des gleichfalls verlorenen Vietnam-Krieges sind mit der Situation heute nicht zu vergleichen.

■ Der Krieg in Libyen zeigt: Die USA sind nicht mehr die Führungsmacht, die Kriegstreiber waren Frankreich und Großbritannien und – hinter den Kulissen – Saudi-Arabien. Die USA schwenkten schließlich – in ihrer Führung zerstritten – auf den Kriegskurs ein, aber sie führen nicht mehr.

■ Zwar mussten die USA, um ihre Führungsqualität symbolisch zu dokumentieren, den Krieg zum Krieg der NATO machen. Aber sie führten das Bündnis nicht mehr und klinken sich weitgehend aus den Kampfhandlungen in Libyen aus.

■ Am deutlichsten zeigt das Verhalten der Türkei, aber auch das der Neu-Mitglieder der NATO, dass sie der Vormacht nicht mehr bedingungslos zu folgen bereit sind – vom getreuesten Bündnispartner Deutschland ganz zu schweigen, der sogar im Sicherheitsrat den USA (und den EU-Partnern Frankreich und Großbritannien) die Gefolgschaft verweigerte. Gerade dieses Verhalten zeigt – ganz im Gegensatz zu den von den Kritikern vorgetragenen Argumenten – dass Deutschland willens ist, eine eigenständigere Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Richtig ist, dass dies zu Lasten von Bündnisstrukturen wie der NATO und der EU geht (die seit Lissabon auch ein Militärbündnis ist).

■ Auch die EU trat nicht geschlossen auf: Nationale Interessen, vielleicht kolonial-nostalgische Sentimentalitäten im Falle Großbritanniens und Frankreichs gegenüber rationalen langfristigen deutschen Interessen verhinderten eine gemeinsame Haltung. Internationale Krisen, der Aufstieg neuer Mächte wie die BRIC-Staaten deuten auf die Herausbildung einer neuen multipolaren Ordnung, in der die alten Imperial-Mächte an Einfluss verlieren.

■ Zugleich symbolisiert dieser Krieg eine Zäsur im internationalen System: Der Respekt vor der Souveränität der Staaten und das Nicht-Einmischungsgebot sind seit dem Ende des bipolaren Systems, gekennzeichnet durch den Austritt der Sowjetunion aus der Weltgeschichte im Kontext des Zweiten Golfkriegs, systematisch abgebaut worden. Die Resolution 1973 ist die vorläufige Krönung dieses Prozesses. Sie stellt den Präzedenzfall dar für die auch militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten von missliebigen Staaten und Regierungen. Dass dies ein Rückschritt ist in jene Anarchie der Staatenwelt, die die Vereinten Nationen bei ihrer Gründung endgültig beseitigen wollten, wird offenkundig. Der Krieg, jene

82) Krauthammer, Charles: The Unipolar Moment. In: Foreign Affairs, Heft 1/1991, S. 4 – 23.

"Geißel der Menschheit" (so die Präambel der UN-Charta), wird wieder zum Mittel der Politik. Dass dies auf dem Wege zu einem multipolaren System geschieht, dürfte nicht zufällig sein, es ist aber auch ein Vorbote einer zunehmend unfriedlichen Welt, in der die (noch) Mächtigen meinen, zum Mittel der Gewalt greifen zu müssen, da sie ihre Dominanz anders nicht mehr sichern können.

■ Es mehren sich also die Anzeichen, dass die seit zwanzig Jahren scheinbar siegreiche kapitalistische Ordnung zunehmend mit den von ihr selbst produzierten Widersprüchen zu kämpfen hat und dass sich die Rivalitäten innerhalb des Westens verschärfen.

■ Noch entscheidender aber könnte eine Entwicklung sein, für die die arabischen Revolten nur der Vorbote sind und die sich nicht auf die arabische Welt beschränkt: Hardt und Negri, deren unhistorischem Begriff von "Empire" man nicht zustimmen muss, haben mit dem Begriff der "Multitude" ein Phänomen erfasst, das für die arabischen Revolten, aber eben nicht nur für sie, typisch zu sein scheint. Unter Multituden verstehen sie jene Allianzen von Menschen und Gruppen, die nicht mehr nur im Sinne eines überkommenen Klassenkampf-Theorems die – objektiv definierbaren – Interessen einer Klasse vertreten, sondern klassen- und schichtenübergreifend im Gegensatz zur herrschenden Ordnung stehen und diese überwinden wollen. In diesem Sinne sehen sie die arabischen Revolten im Kontext der Forderungen und bereits erreichten Errungenschaften der sozialen Bewegungen in Lateinamerika. In diesem Sinne erscheint ihre Diagnose bedenkenswert:

"Die arabischen Revolten entzündeten sich an der Arbeitslosigkeit. In ihrem Zentrum standen gut ausgebildete, aber frustrierte Jugendliche, die viel mit den protestierenden Studenten in London und Rom gemeinsam haben. Obwohl die wichtigste Forderung überall die nach dem Ende von Tyrannei und autoritären Regierungen ist, steht dahinter eine ganze Reihe sozialer Forderungen in Bezug auf Arbeit und Leben, die über ein Ende von Abhängigkeit und Armut hinausgehen und letztlich auf die Autonomie einer intelligenten und hochkompetenten Bevölkerung abzielen...

Die Organisation der Revolten erinnert an das, was wir vor mehr als zehn Jahren anderswo gesehen haben – in Seattle und Buenos Aires, in Genua und Cochabamba: Ein horizontales Netzwerk ohne zentrale Führungsfigur...

Da die Unruhen nicht nur von Massenarbeitslosigkeit und Armut, sondern auch von einem besonders unter Jugendlichen vorherrschenden Gefühl angestachelt wurden, dass produktive und expressive Kapazitäten an ihrer Entfaltung gehindert werden, muss eine konstitutionelle Antwort einen Plan zur Organi-

sation von natürlichen Ressourcen und gesellschaftlicher Produktion entwerfen. Das ist eine Schwelle, die der Neoliberalismus nicht überschreiten kann und an der der Kapitalismus infrage gestellt wird.<sup>83</sup>



Man mag dieser Analyse zustimmen oder nicht. Fast flächendeckende und in breiten Schichten der Bevölkerung verankerte Aufstände dieser Art sind jedoch etwas Neues. Was Hardt und Negri hier diagnostizieren, deckt sich weitgehend mit jenem Begriff der Würde, wie er wieder und wieder von den Aufständischen thematisiert worden ist. Sicher ist: Die Völker haben erstmalig ihre Kraft erkannt und zumindest in Tunesien und Ägypten die erste Kraftprobe ein gutes Stück weit für sich entschieden. Wie stark diese Kraft ist, zeigen der andauernde Widerstand in der West-Sahara, die massiven Demonstrationen in Marokko trotz der mit behaupteten 98,5 % Zustimmung angenommenen neuen und etwas freiheitlicheren Verfassung; die Demonstrationen in Palästina, die die Konfliktparteien Hamas und Fatah zu einer Einigung zwangen; die unter unsäglichen Opfern weitergeführten Proteste in Syrien; die vorerst niedergeschlagene Demokratie-Bewegung in Bahrain; die andauernden Aufstände in Jemen und selbst das Aufbegehren im theokratisch-reaktionären Saudi-Arabien. Dort fordern sowohl liberale wie islamistische Kräfte die Wahl des *majlis al choura*, des vom König ernannten legislativen Rates durch das Volk, mehr Freiheit für die Frauen, und die Liberalen sogar eine konstitutionelle Monarchie.<sup>84</sup>

Diese Bewegungen stellen aber nicht nur die innere Ordnung in Frage: Die so genannte Schuldenkrise und die wachsenden Proteste in Lateinamerika, in

83) Hardt, Michael / Negri, Antonio : Laboratorium der Wende. In : Der Freitag, 28. Februar 2011. <http://www.freitag.de/politik/1108-laboratorium-der-wende> [01-03-11].

84) El Watan, Tageszeitung Algier, 1. März 2011.

mehreren afrikanischen Ländern, vor allem aber in Spanien und Griechenland verweisen auch darauf, dass der Zusammenhang zwischen Elend und Perspektivlosigkeit und dem Entzug der Souveränität erkannt wird: Selbstverständlich bleibt nach den Umschuldungen den Griechen – und vielleicht bald anderen EU-Ländern – das Recht auf Wahlen. Doch wen auch immer die Menschen wählen: Die sie und ihre Lebensverhältnisse betreffenden Entscheidungen wurden und werden längst anderswo getroffen: Von Rating-Agenturen und internationalen Finanzagenturen, von den internationalen Finanzbörsen. Nationale Regierungen werden zu ihren Exekutionsorganen. Der Neo-Liberalismus und die Diktatur der Finanzmärkte erweisen sich als die strukturellen Erzfeinde der Demokratie.

Die Aufstandsbewegungen könnten so zu einem Fanal werden, das auf andere Länder und Regionen ausstrahlt. Es ist keineswegs übertrieben festzustellen, dass die Jugendaufstände in Griechenland, vor allem aber in Spanien einem ähnlichen Muster folgen, ja im letzteren Falle viele der Aktionsformen aus Tunis und Kairo übernommen haben. Auch hier ist das Ziel eine soziale Perspektive für die Menschen, ein Leben in Würde – vor allem für die Jugend. Diese ist nur zu erreichen durch die Herstellung wirklich demokratischer Verhältnisse, nicht nur in Tunesien, Ägypten oder Griechenland, sondern weltweit. Die nicht unbegründete Hoffnung ist daher die Entstehung einer neuen transnationalen Bewegung gegen den herrschenden Neo-Liberalismus, wie sie schon vor Jahren in Lateinamerika begonnen hat, weil deutlich wird: Eine andere Welt ist nötig und möglich.

---

Werner Ruf, Jahrgang 1937, von 1982 bis 2003 Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen an der Universität Kassel, Gastprofessuren an der New York University und der Université Aix-Marseille III. Vier Jahre Forschungsaufenthalte in Nordafrika. Arbeitsschwerpunkte: Friedensforschung, Sicherheitspolitik, Politik und Gesellschaft im Arabischen Raum, Politischer Islam.



Magdi Gohary

## Das Brot, die Würde und wir

Betrachtungen, Erlebnisse und Schlussfolgerungen  
aus dem arabischen Frühling

"Die Würde des Menschen ist unantastbar", so lautet Artikel 1.1 unserer Verfassung. Was verstehen die Menschen eigentlich unter "Würde", und ist sie trotz kultureller Unterschiede wirklich universal?

Als ich Ende März dieses Jahres in Köln über das Thema "Ägyptische Revolution" vor einem linken Publikum sprach und am Ende der Veranstaltung bei einem Bier mit einem Teil des Publikums weiter diskutierte, kam die Überraschung. Ein junger Mann sagte uns, dass er mit dem "bürgerlichen" Begriff Würde weder im individuellen noch im gesellschaftlichen Sinne viel anzufangen weiß. Eine ältere Dame entschied die Diskussion durch eine Erzählung aus ihrer eigenen Lebensgeschichte: Sie saß Anfang der 60er-Jahre im Adenauer-Gefängnis wegen eines KPD-Verbotsdelikts. Die Wärterinnen forderten sie einmal im Monat auf, sich ganz auszuziehen und begannen mit der Befummelung ihrer Körperöffnungen. Sie hätte sich nie im Leben, weder vorher noch bis heute, so entwürdigt gefühlt wie damals, sagte sie uns. Wir wurden alle ganz still.

Szenenwechsel, Kairo, Tahrirplatz 5. Februar 2011: Ein Mann um die 50 erzählte mir, er sei Postbeamter, verdiene 100 Euro monatlich, habe drei Kinder, davon zwei Mädchen im Heiratsalter, sein Chef mobbe ihn täglich. Ist das ein Leben, fragte er mich. Was wird aus den Mädchen? Kann Gott das wollen? Hier geht es sowohl um Brot als auch um Würde. Gleich danach, ein Mann um die 40: Ihm geht es materiell gut. Er hat drei Geschäfte in der Innenstadt, ein Auto und zwei Wohnungen. Ihm mangelt es an nichts. Aber jeden Tag muss er schmieren: Polizisten, Beamte des Versorgungsamts, Beamte der Lebensmittelkontrolle usw. Das will er nicht mehr. Das ist würdelos, sagte er. Deshalb ist er hier auf dem Platz.

### Würde als revolutionäre Kraft?

Kann **Entwürdigung** ein revolutionäres Potential produzieren helfen? Nach meinen Beobachtungen trifft das in höchstem Maße im arabischen Raum zu.

Begriffe wie Würde und Entwürdigung spielen sowohl bei den Gesprächen, die ich am Tahrirplatz im Januar/Februar und im April dieses Jahres geführt habe, als auch bei den vielen Interviews und politischen Berichten und Analysen in den arabischen Medien eine zentrale Rolle. Dieses Gefühl der Würdelosigkeit ist vielleicht bei den arbeitslosen Architekten in Madrid oder den Hartz-IV-Empfängern in Berlin

genau so stark wie bei dem Architekt in Bahrein, der zwar einen Job hat, aber der falschen Konfession angehört und deshalb diskriminiert wird

Der "Frühling" ist heute arabisch, aber manches spricht dafür, dass morgen auch ähnliches in Südeuropa stattfinden könnte. Viele Erfahrungen, die in Kairo oder Tunis gemacht wurden, könnten vielleicht wegweisend für die kommende Entwicklung im Rest der Welt werden. Vielleicht ist das, was ich, mehr gefühlsmäßig und unbelegbar, bei einem Vortrag gesagt habe, gar nicht so abwegig: Der arabische Frühling und die Atomkatastrophe in Japan werden die Welt verändern.

Ich verließ mein Geburtsland Ägypten im Frühjahr 1957. Ein paar Monate vorher hatte Präsident Gamal Abdel Nasser die Suezkanal-Gesellschaft, die sich mehrheitlich in den Händen von französischen und britischen Aktionären befand, verstaatlicht. Grund genug für eine westliche Strafaktion – die heute noch als Suezabenteuer verniedlicht wird. Großbritannien, Frankreich und Israel griffen Ägypten militärisch an, besetzten die Halbinsel Sinai und die Stadt Port-Said. Sie mussten sich aber auf Druck der UdSSR und der USA unverrichteter Dinge zurückziehen und Nasser ging als politischer Sieger daraus hervor. Die erste große Nationalisierungs-Maßnahme in den Ländern der damaligen "Dritten Welt" war geglückt. Der Versuch Mosaddeqs, das iranische Erdöl zu nationalisieren, war fünf Jahre zuvor an einem von der CIA organisierten Putsch gescheitert. Grund genug, als junger Ägypter mit 16 Jahren, Europa mit erhobenem Haupt zu betreten. 54 Jahre danach, am 27. Januar 2011, zwei Tage nach dem "Tag des Zorns", landete ich in Kairo. Dieses Mal betrat ich Ägypten als ein älterer Weltbürger. In diesem mehr als einem halben Jahrhundert hat der Nahe Osten aber den revolutionären Elan eines Nasser verloren. An seiner Stelle traten die sog. arabischen Despoten auf die politische Bühne. Ihre vom Westen zuge dachte Rolle war es, für die großen Ölvorkommen strategisch wichtige Wasserwege zu sichern und Israel als ein faktisches Nato-Land zu akzeptieren. Nebenbei wirtschafteten die meisten von ihnen so, dass der "Neoliberalismus" im Vergleich fast sozialistische Züge trägt. Demokratie, Menschenrechte und Soziale Gerechtigkeit waren Themen, die höchstens plakativ auf Pressekonferenzen, vor laufenden Kameras bei Staatsbesuchen im und aus dem Westen proklamiert wurden.

Das Öl erwies sich für die nahöstlichen Länder nicht nur als Segen, sondern häufiger als Fluch. Der Niedergang der arabischen Welt schien nicht mehr aufzuhalten.

In einem Land wie Ägypten wurde eine korrupte Machtelite gezüchtet, die das Land wirtschaftlich und moralisch an den Rand des Ruins gebracht hat. Sowohl das Bildungs- als auch das Gesundheitssystem sind kollabiert. Die kulturelle Elite des Landes wurde mit den Öldollars weitgehend zum Schweigen gebracht. Alles geschah ganz offen vor den Augen der gesamten Welt.

Der "Westen" betrieb eine Politik gegenüber dem Nahen Osten, die von Doppelmoral nur so strotzt.

Als sich die Tunesier in Dezember 2010 erhoben, konnte die damalige Außenministerin im Hause Sarkozy die Erfahrungen ihrer französischen Sondereinheiten der Polizei Ben Alis unverfroren vor dem Parlament anbieten. Jede israelische Regierung konnte tun und lassen, worauf sie gerade Lust hatte. Seit 1967 befinden sich die Westbank, der Gaza-Streifen und ein Teil der Golanhöhen völkerrechtswidrig unter israelischer Besatzung. Die Rückendeckung seitens des Westens bis zum Gebrauch des US-Vetos im Sicherheitsrat war die Voraussetzung, um diese israelische Politik überhaupt zu ermöglichen. Für einen Bruchteil dessen, was israelische Führer in der Region ange richtet haben, wären manche andere vor die Richter in Den Haag gezerrt worden.

### **Krieg gegen den Terror**

Die Terrorattacke von 9/11 vor zehn Jahre läutete den Beginn des unseligen "Kriegs gegen den Terror" ein, mit den schrecklichen Auswirkungen, die wir alle heute kennen: Der Afghanistankrieg dauert noch an. Die Atommacht Pakistan wurde destabilisiert. Über hunderttausend Iraker mussten ihr Leben in diesem Irakkrieg lassen. Das Land wird gerade noch durch eine Marionettenregierung zusammen gekittet. Somalia am Horn von Afrika hat als Staat aufgehört zu existieren und mutierte zu einem Piratenzufluchtsort.

In den westlichen Ländern bereitete sich das Geschwür der "Islamophobie" aus, ein Phänomen, das die europäischen Gesellschaften bis in ihre Mitte durchdrungen hat. Islamophobie und andere fremdenfeindliche Gedanken dienen heute innenpolitisch manchen Regierungen, bis hin nach Skandinavien, zu ihrer Machterhaltung auf Kosten von Minderheiten.

Still und leise, fast unbemerkt von der Öffentlichkeit entwickelte sich die deutsche Armee zu einer Interventionsarmee mit entsprechender Strategie, Ausrüstung und Ausbildung. Der Literaturnobelpreisträger Günter Grass beklagte neulich in Hamburg in bemerkenswerter Altersradikalität, dass "die Lächerlichkeit der Guttenbergschen Plagiatsaffäre" die Abschaffung der "allgemeinen Wehrpflicht" verdrängt hat.

Der von mir genannte "Entwürdigungsprozess" ist durch die modernen Kommunikationsmitteln und das Entstehen von neuen Fernsehkanälen wie "Alja-

zeera" der arabischen Öffentlichkeit bewusst gemacht worden. Jeder, vom Atlasgebirge in Nordafrika bis zum Golf von Oman im Indischen Ozean, konnte vieles aus diesem Prozess hautnah, aber ohnmächtig erleben: Der Irakkrieg und der Einmarsch von ausländischen Truppen 2003 in eine der wichtigsten Hauptstädte der arabischen Welt, Bagdad. Im Sommer 2006 wurde ein Drittel der Infrastruktur des Libanons von der israelischen Militärmaschinerie zerstört. Es braucht wenig Feinfühligkeit um zu spüren, wie die Menschen in der Region 2006 die Tatsache interpretiert haben, dass die USA und die EU einen Waffenstillstand im Libanon erst gefordert haben, nachdem Israel, angesichts der Nichterreichung seiner militärischen Ziele, selber darum gebeten hat. Vorher haben wir aus den westlichen Hauptstädten nur das übliche Geschwätz vom "Selbstverteidigungsrecht" Israels vernommen. Ende 2009 wurde der Gaza-Streifen von Israel, als Höhepunkt der noch andauernden völkerrechtswidrigen Blockade, zum größten Teil zerstört.

Die Menschen in der Region wussten alles über die Kumpanei Mubaraks mit dieser Strategie und der Könige von Jordanien und von Saudi-Arabien mit den israelischen Aggressionen. Alles war glasklar. Man konnte eins und eins zusammenzählen. Die verdammte Ohnmacht der Menschen war allgegenwärtig. Genau das empfanden die arabischen Menschen unter Würdelosigkeit.

Zu den Merkwürdigkeiten der Geschichte gehört das Auftauchen zweier neuer Regionalmächte auf der Bühne im Mittleren Osten: der Türkei und des Iran. Ich wage die Behauptung: ohne die Ablehnung der Aufnahme der Türkei in den erlauchten EU-Club in Brüssel durch die Konservativen in Europa (die bayerischen Bierzelte können ein Lied davon singen!) hätte die Türkei heute nicht diese große Bedeutung in der Region. Welcher türkische Politiker, der nicht von allen guten Geistern verlassen ist, wird heute die "Aufnahme in den Klub" unter den Bedingungen eines drohenden Eurokollapses noch wünschen? Bei Iran verlief es anderes. Bush und Rumsfeld haben durch ihren Irakkrieg Teheran zur Regionalmacht gemacht.

Das Auftauchen der Türkei und des Iran als Akteure im politischen Geschehen in der Region hat die arabischen Despoten vor den Augen ihrer Völker teilweise demaskiert und somit den Weg für den "arabischen Frühling" geebnet.

### **Die Situation heute**

In Tunesien und in Ägypten sind die Spitzen des alten Regimes durch die Protestbewegung weggefegt worden. Aber es wurde aus vielen nachvollziehbaren Gründen keine Revolutionsmacht installiert.

In Jemen, Libyen und Syrien wird heftig gekämpft. Die Entscheidung ist aber mehr oder weniger gefallen. Es geht nicht mehr darum, ob man sich an der Macht halten kann, sondern darum, das wann und wie der Flucht der noch Herrschenden zu organisieren.

Auch ein Stück Kuriosität der Geschichte: je mehr die Forderung nach schneller Verurteilung von Mubarak und seinen Leuten von den Ägyptern lauthals erhoben wird und je mehr Exponenten des alten Regimes ins Gefängnis geworfen werden, um so zäher werden die anderen arabischen Despoten um alles kämpfen und um so schwieriger wird es, eine Exit-Strategie zu entwickeln.

Eine andere Kategorie der Despotie finden wir am Golf (Saudi-Arabien, Kuwait, die Emirate und Oman). Diese Staaten sind in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden. Sie organisieren und finanzieren alle möglichen konterrevolutionären Aktivitäten in Ägypten mit. Sie bieten dem wirtschaftlich lädierten Land Milliardenkredite an, verbunden mit der Auflage, Mubarak und seine Leute zu schonen. Arabische Despoten sollen nicht von ihren Völkern zur Rechenschaft gezogen werden dürfen. Die viel beschworene Domino-Theorie sitzt ihnen im Nacken. Neulich hat ein bekannter Talkshow-Master im kuwaitischen staatlichen Fernsehen das ägyptische Volk als ein undankbares Volk beschimpft, weil es Mubarak weggejagt hat. Die Golfstaaten sind auch an der Verlängerung und Verschärfung der Kampfhandlungen an ihren Grenzen (Syrien und Jemen!) interessiert, um die eigene Protestbewegung zu entmutigen und die schweigende Mehrheit abzuschrecken.



Und die Golfstaaten tätigen wahnsinnige Rüstungskäufe. Die beabsichtigte Lieferung von 200 Kampfpanzern der Leopardklasse an Saudi-Arabien findet hier seine Begründung. Die 'Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung' vom 10.7.2011 sieht die Gründe für den "israelischen Sinneswandel", d.h. grünes Licht für den Berliner Rüstungsexport zu geben, in der Rolle Saudi-Arabiens als "Gegengewicht gegen Iran" und fügt hinzu: "Seit dem arabischen Frühling hat Riad aus der Sicht Israels noch einmal an Bedeutung gewonnen. Denn auf Ägypten, Israels Vertragspartner in der Region, kann sich Israel nicht mehr wie zu Zeiten Mubaraks verlassen." Hier schließt sich der Kreis.

Glaubt man in Berlin wirklich, dass Westerwelles Solidaritätsbekundung und angebliche Sympathie für den "arabischen Frühling" die Menschen in der Region noch täuschen könnten?

### Es gibt kein zurück mehr

Trotz alledem ist die Entwicklung dessen, was man "arabischer Frühling" nennt, unumkehrbar geworden. Sie ist nicht mehr rückgängig zu machen. Viele Rückschläge können und werden kommen, und an einigen Orten wird viel Blut fließen. Aber das Rad kann nicht mehr zurückgedreht werden.

Ägypten ist objektiv das wichtigste Land im arabischen Raum und was dort geschieht, hat unmittelbare Auswirkung auf die gesamte Region. Daher möchte ich diese von mir aufgestellte Behauptung hauptsächlich an Hand der ägyptischen Entwicklung näher begründen.

Das Charakteristische an der ägyptischen Entwicklung ist, dass die Menschen es durch ihre landesweiten Aktionen geschafft haben, Mubarak zu stürzen, d.h. die Spitze der Diktatur abzubrechen. Dabei hatten die Menschen weder einen Plan noch eine führende politische Gruppierung oder eine Führungspersönlichkeit an der Spitze, geschweige denn verfügten sie über eine revolutionäre Theorie. Außerdem hatten sie zum Glück keine Hilfe von Außen erfahren. Gelder sind dort nicht geflossen, weder aus den USA noch aus Europa. Unsere parteinahen Stiftungen hatten zwar Kontakte zu manchen Personen der sog. Zivilgesellschaft, aber die glänzten – zum Glück – durch Abwesenheit, eine Art Fehlinvestition unserer Steuermittel. Zum Trost: auch der mit 70 Milliarden Dollar budgetierten und "allmächtigen" CIA ging es nicht besser. Das Ausland – von Obama bis zum Irren aus Tripolis – wurde kalt erwischt und das ist gut so.

Die Regimespitze brechen, aber selber nicht regieren, das ist wirklich etwas Neues.

Um das Geschehen in Kairo zu Anfang dieses Jahres verstehen zu können, soll die ägyptische Armee etwas näher betrachtet werden.

### Die ägyptische Armee

Manche von uns Linken reagieren reflexartig auf den Begriff Militär, denn jeder hat seine eigene historische Erfahrung und darauf basierend ein eigenes politisches Koordinatensystem. Was aber in Deutschland richtig ist, kann in Ägypten falsch sein und umgekehrt. Die moderne ägyptische Armee ist unter *Mohamed Ali Pascha* Anfang des 19. Jahrhunderts mit Hilfe eines französischen Militärfachmanns namens *Suleiman Pascha al Frinsi* aufgebaut worden. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass diese Armee seit mehr als zweihundert Jahren niemals nach Innen eingesetzt wurde. Nach Außen wurde sie dagegen gegen die Wahabiten (die Vorfahren des heutigen Saudi-Herrscherclans), dann mehrere Male gegen die Hohe Warte in Istanbul, dann gegen die britische Invasion und zuletzt im Kampf gegen Israel eingesetzt.

Drei wichtige Ereignisse in der Biografie der Armee sind hilfreich fürs Verstehen der heutigen Entwicklung. 1884 rebellierte der Armeeführer General *Ahmed Orabi Pascha* – der erste Fellachsensohn, der General wurde – gegen den Herrscher Khedewi Tawfik. Er wurde verewigt durch seinen Satz, der später auf dem Tahrirplatz allgegenwärtig wurde: "Majestät, wir sind alle als freie Menschen geboren." Sein Widerstandskampf gegen die Briten ging verloren und Ägypten wurde faktisch eine britische Kolonie. Ahmed Orabi Pascha wurde verbannt.

Das zweite Ereignis geschah am 23. Juli 1952. Gamal Abdel Nasser, damals ein 32-jähriger Armeeoberst, beendete an der Spitze der "Freien Offiziere" die ägyptische Mohamed Ali-Monarchie und modernisierte das Land. Der Feudalherrschaft wurde durch eine Landreform die Grundlage entzogen, Industrialisierung, Abschaffung von Schulgeld und Verstaatlichung des Suezkanals etc. wurden durchgesetzt.

Das dritte Ereignis führt uns ins Jahr 1977. Die Bevölkerung von Kairo revoltierte gegen die Abschaffung von Brotsubventionen, die auf Veranlassung des "Internationalen Währungsfond" IWF von Präsident Sadat verfügt worden war. Es gab Unruhen in Kairo und die Polizei verlor die Kontrolle. Die Armee marschierte erst in die Stadt ein, nachdem Sadat zugesichert hatte, keine Gewalt auszuüben. Die Brotrevolte feierte die Soldaten. Die Menschen überreichten ihnen Blumen. Sadat zog daraufhin die Preiserhöhung zurück.

Zurück zum Tahrirplatz am 2. Februar dieses Jahres. Ein befreundeter pensionierter Armeegeneral antwortete mir auf meine Frage, was er von den jungen Tahrirprotestler hält: Er erzählte, mir wie er als junger Hauptmann der Infanterie am 6. Oktober 1973 in einem Schlauchboot mit 12 Soldaten an der Überquerung des Suezkanals teilgenommen hat, unter dem Beschuss der israelischen Besatzer, die sich an der bis dahin als "uneinnehmbar" geltenden Barlev-Linie verschanzt hatten. Die Offiziere wussten, dass die Überlebenschance nur 50 Prozent betrug. Für den pensionierten General sind die jungen Leute am Tahrirplatz die Soldaten auf dem Gummiboot. Sie befreien das Land zum zweiten Mal, dieses Mal ohne Waffen. Diese Armee wird niemals auf sie schießen, sagte er. Ein Schießbefehl von Mubarak würde verweigert.

Davon war auch ich am 28. Januar felsenfest überzeugt, als ich vom Fenster des Büros des ORF die ersten gepanzerten Fahrzeuge der Armee vor dem Fernsehgebäude in Kairo auffahren sah. Mit dieser Meinung stand ich nicht allein. Als am 4. Februar eine Panzerkolonne der dritten Armee, dem Befehl Mubaraks folgend, den Platz gewaltsam zu durchqueren versuchte, wurden sie von den Menschenmassen daran gehindert. Die Offiziere und Mannschaften griffen zu ihren privaten Mobiles und riefen ihre Ehefrauen, Mütter, Väter, Söhne und Töchter an

und fragten, was sie wohl jetzt tun sollen. Ein unglaublicher und einmaliger Vorgang in der Militärgeschichte.

Die ägyptische Armee hat sich, als sie vor der Entscheidung stand, Staat oder Regime, eindeutig für den 6500 Jahre alten ägyptischen Staat entschieden und ist damit ihrer Tradition treu geblieben. Sie hat sich aber keineswegs für die Revolution entschieden.

Die Massen haben die Spitze des Regimes zum Teufel gejagt. Mubarak & Söhne sitzen in Untersuchungshaft. Das Parlament wurde aufgelöst, ebenfalls die regierende Staatspartei. Das Vermögen der Partei wurde konfisziert. Die Mehrheit der Ministerriege der letzten zehn Jahre wartet im Gefängnis auf ihre Verurteilung oder ist schon verurteilt. 20 bis 30 Wirtschaftsführer sitzen ebenfalls im Gefängnis oder dürfen das Land nicht verlassen, oder sie sind rechtzeitig geflüchtet und werden von Interpol gesucht.

Eine scheinbar stolze Bilanz für sechs Monate – wenn die Revolution wirklich regieren würde. Es regiert aber der "Hohe Militärrat" und eine von ihm ernannte Interimsregierung unter der Führung von Issam Sharaf.

Für die Protestbewegung läuft alles viel zu langsam. Bei vielen beginnt das Gefühl, man habe sie um die Früchte ihre Revolution betrogen. Die Situation ist desolat. Der Tourismus, von dem jeder zehnte Ägypter lebt, ist eingebrochen. Das alleine sind Einbußen von ca. 12 Mrd. Dollar. Es herrscht ein Sicherheitschaos. Ein falscher Korpsgeist und die übliche Kameraderie haben die Polizeiarbeit fast lahm gelegt. Polizisten sind beleidigt, weil man sie verdächtigt, am Tod von 850 Menschen Anfang des Jahres beteiligt gewesen zu sein. Sie decken sich gegenseitig und vernichten Beweismaterial. Gerade kommt die Meldung, dass 505 (von insgesamt 850) Polizeigeneräle und 82 Oberste aus dem Dienst entlassen worden sind. Das war eine der Hauptforderungen der Protestbewegung.

Das Militär wiederum nutzt ausgiebigst die vom alten Regime geschaffene Militärgerichtsbarkeit aus, um kleine Ganoven und Schläger, aber manchmal auch Protestler in Schnellverfahren zu verurteilen. Bei anderen schweren Korruptions- und Tötungsdelikten der Großen geht es etwas gemüthlicher zu, sagt die Protestbewegung.

### **Die Privilegien des Militärs**

Das ägyptische Militär beherrscht mindestens ein Viertel der Wirtschaft des Landes. Die höheren Dienstgrade genießen unzählige große Privilegien. Die Generäle wissen, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis sie an die Reihe kommen, was mindestens – wenn sie nicht an Korruptionsfällen beteiligt sind – eine teilweise Abschaffung der lukrativen Privilegien bedeuten könnte. Sie sind auch mit der Aufgabe, "eine Gesellschaft im Aufruhr" bei einer gelähmten Polizei regieren zu müssen, anscheinend überfordert. Sie würden am liebsten möglichst ohne Reibungsverluste in die Kasernen zurückgehen.

Das ist das "Dilemma", in dem der "Hohe Militär" bis heute steckt, dazu später mehr.

All diesen Widersprüchen zum Trotz ist die Armee heute als Schutzschild der Entwicklung unentbehrlich und das wird auch in den nächsten zwei bis drei Jahren so bleiben. Die Frage ist, wie kommt sie aus der beschriebenen Misere heraus?

Egal wie die neue Verfassung aussehen wird, die Armee und viele Angehörige der politischen Klasse des Landes suchen eine gewisse Verankerung der Rolle der Armee in dieser Verfassung. Bei dieser Rolle könnte es sich ungefähr um die Funktion handeln: "Die Armee als Garant eines säkularen Staat Ägyptens". Eine Art türkischer "Kemalismus" des 21. Jahrhunderts auf arabischem Boden.

Die momentane Vorgehensweise des Militärs ist **zwei Schritte vor und ein Schritt zurück**.

Jeden Freitag wird auf dem Tahrirplatz und in der Provinz nach dem Freitagsgebet protestiert. Dort werden jeweils ganz konkrete Forderungen laut erhoben. Schon ein bis zwei Tage später beginnt das Militär mit der Erfüllung von Teilen der Forderungen. Das geschieht aber oft zaghaft und unprofessionell. Das Militär weiß auch, dass es angesichts der blutigen Ereignisse in Libyen, Syrien und Jemen, aus dem Wunsch nach Stabilität heraus, eine schweigende Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat. Die meisten Ägypter sind froh, diese Armee zu haben. Wird die Armeeführung aber gegen die Protestbewegung vorgehen, besteht einmal die Gefahr, dass die Mehrheit der mittleren Dienstgrade und die Mannschaften den Befehlen nicht Folge leisten, was Erhebungen seitens des Militärs bestätigen. Zum anderen ist davon auszugehen, dass die schweigende Mehrheit sofort umschwenken und sich auf die Seite der Protestler stellen würde.

Außerdem steht die Armeeführung, die vorgibt, das Land nur zu verwalten aber nicht zu regieren, unter massivem Druck seitens der USA und Saudi-Arabiens.

Die USA gewährt der Armee eine "unentgeltliche" Hilfe von 1,5 Mrd. Dollar jährlich und ohne US-Weizenlieferungen ist eine geregelte Ernährung der 83 Millionen Ägypter nicht zu gewährleisten. Die Saudis und die anderen Golfstaaten drohen heimlich mit der Erschwerung bzw. Beendigung der ägyptischen Arbeitsimmigration von über drei Millionen Menschen am Golf. Das käme für jede ägyptische Regierung einer Katastrophe gleich.

Faktisch haben wir es heute in Ägypten mit einer seltenen Art der **Doppelherrschaft** zu tun. Die große Frage lautet deshalb: Mündet das ganze in einen friedlichen Übergang mit allem Hängen und Würgen oder kommt es zu einem Zusammenstoß mit allen schrecklichen Folgen, die über die Grenzen des Landes hinausgehen würden?

Kaffeesatzlesen ist hier nicht angebracht. Ein paar Parameter sind aber leicht auszumachen.

## Der Pluralismus

Die ägyptische Gesellschaft ist in kürzester Zeit pluralistisch geworden. Das Zeitalter der politischen Monopole ist vorbei. Kein Mubarak, kein Pharao, keine Einheitspartei. Das haben die Menschen verinnerlicht. Weder die sog. Islamisten noch die sog. Säkularisten werden alleine regieren können. Die "Moslembruderschaft" ist heute faktisch eine Art "Volkspartei" geworden. Moderate, Modernisierer und Fundamentalisten, alle sind vertreten in dem, was man im Westen als "Islamisten" bezeichnet wird. Heute schon verweigert die Jugendorganisation der Bruderschaft oft die Gefolgschaft und kritisiert häufig die überalterte Führung. Sie halten Konferenzen ab und die Führung boykottiert offen die Teilnahme. Die Jugend nimmt mit den Säkularisten gemeinsam an den Aktivitäten auf dem Tahrirplatz teil, egal ob die Leitungsgremien der Bruderschaft dafür oder dagegen sind. Die USA strecken ihre Fühler aus und suchen Kontakte zu der Organisation.

Die Säkularen sind in unzählige Gruppen aufgeteilt von Liberalen über Nasseristen bis Sozialisten und Kommunisten. Neugründungen von Parteien sind fast täglich zu verzeichnen. Die Beobachter der politischen Szene verlieren langsam die Übersicht. Der Deckel auf dem Dampfkessel ist aufgegangen.

Die Kopten, ca. 10 % der Bevölkerung, sind deutlich selbstbewusster geworden und lassen sich nicht mehr alles gefallen wie unter Mubarak. Sie stellen sich kämpferisch gegen Attacken der radikalen Salafisten. Die Aktivisten von ihnen lassen sich nicht mehr bevormunden, weder von der offiziellen koptischen Kirche unter der Führung des schwer erkrankten und erzkonservativen Papst Shenuda II. noch von irgendwelchen Kopten im Exil, die sich als Sprecher der Kopten aufspielen.

Die ethnischen Minderheiten, wie die Nubier im Süden und die Beduinen auf der Halbinsel Sinai, treten zum ersten Mal als politische Kraft auf und formulieren selbstbewusst ihre Forderungen. Früher waren die Beduinen ein "Sicherheitsproblem", für das das Innenministerium zuständig war. Entwicklungspläne für die Sinaihalbinsel, ohne die üblichen Investoren um Mubaraksohn Gamal, und vor allem unter Beteiligung der Beduinen werden entworfen.

Ein entschiedenes Moment in dem Veränderungsprozess Ägyptens ist die Bildung von freien Gewerkschaften. Dies läuft gleichzeitig mit einer Säuberungswelle in den traditionellen Berufsverbänden des Landes. Unter Mubaraks Herrschaft mutierten die Gewerkschaften zu Befehlsempfängern des Regimes. Ihre Führer verurteilten die Revolution im Januar und beteiligten sich an den Attacken der Schlägertrupps gegen die Protestler auf dem Tahrirplatz.

Die neuen Gewerkschaften sind ein Garant dafür, dass die Arbeiterbewegung ein wichtiges Wort bei den bevorstehenden sozial-ökonomischen Umwälzungen der Gesellschaft mitzureden haben wird. Kürzlich nahmen sie teil an einer internationalen Kon-

ferenz in London und haben ihre Teilnahme an der internationalen Boykottkampagne gegen Israel verkündet, solange die Okkupation der besetzten Gebiete andauert.

Alle Führungsgremien in den traditionellen Berufsverbänden (Ärzte, Journalisten, Kultur, Rechtsanwälte usw.), die im Verdacht standen, Sprachorgane des Regimes zu sein, sind aufgelöst und wurden ersetzt durch Persönlichkeiten, die sich in der Revolution einen Namen gemacht haben.

### **Das Rechenschaftsprinzip**

Erstmals in der modernen ägyptischen Geschichte wird Rechenschaft von jedem Verantwortlichen gefordert. Alle, Militär, Regierung und sogar die Privatwirtschaft werden zur Rechenschaft gezogen. Führungsgremien von politischen Parteien können heute nicht mehr so selbstherrlich schalten und walten wie bisher. Die Parteibasis verlangt Rede und Antwort. Universitätsdekane, die früher von Mubarak höchstpersönlich ausgesucht und von der berüchtigten Staatssicherheitsabteilung des Innenministeriums begutachtet wurden, werden heute vom gesamten Lehrkörper gewählt. Dass hier und da überzogen und übertrieben wird, liegt in der Natur der Sache.

Kürzlich haben die Bewohner von Suez damit gedroht, den Suezkanal lahm zu legen, falls ihre Forderung nach Bestrafung derjenigen Polizeioffiziere, die für die Ermordung unzähliger Menschen in der Stadt verantwortlich sind, nicht rasch erfüllt wird. Ein grober Unfug angesichts der außenpolitischen, militärstrategischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Kanals. Eine Beeinträchtigung des Schiffsverkehrs auf dem Kanal käme heute der Einladung zu einer Nato-Intervention gleich.

### **Ein neues arabisches Bewusstsein**

4. Juli, mittags nach dem Freitagsgebet. Der Bildschirm des arabischen TV-Senders "Aljazeera" ist in vier Fenster aufgeteilt: Direktbilder aus Kairo/Ägypten, aus Hamma/Syrien, Sanaa und Taaz/Jemen. Wenn man die Unterschiede in den arabischen Dialekten und die in den Nationaltrachten ausblendet, sind die Szenen gleich. Eine Region bestehend aus verschiedenen Ländern, die sich seit der Unabhängigkeit unterschiedlich entwickelt haben, ist in Aufruhr. Menschen skandieren die selben Slogans und praktizieren fast die gleichen Rituale.

Ihre Herrscher haben es trotz der auffallenden Gemeinsamkeiten (Sprache, Religion, Geschichte) in ihren Ländern weder gewollt noch geschafft, sie in einem Staatsverband zusammen zu vereinen. Die "Arabische Liga" mit Sitz in Kairo ist fast ohne Machtbefugnisse und hat sich bei keiner einzigen Krise im Nahen Osten bewährt. Nicht einmal die Golfstaaten, die reichen Länder ohne krasse Niveauunterschiede, verstehen es, eine gemeinsame Währung auf den Weg zu bringen.

Der Westen hat aber auch bisher jede Art von Zusammenschlüssen in der Region sabotiert. Der Versuch, auf französische Initiative hin einen Mittelmeerklub mit Deutschland, aber ohne die meisten arabischen Ländern zu schaffen, ist kläglich gescheitert. Die Araber sahen darin mit Recht einen Spaltungsversuch.

Die Region drohte, in Ethnien zu zerfallen. In Sudan ist vor kurzem ein zweiter Staat entstanden. Der Irak ist permanent am Rande einer Aufteilung zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden. Der Libanon zwischen Sunniten, Schiiten und Maroniten. Das Palästina-Problem ist noch ungelöst und wird erschwert durch eine ungehemmte Siedlungspolitik Israels, die von den USA und der EU faktisch hingenommen wird. Die Verteilung von Nilwasser zwischen Ägypten/Sudan einerseits und den schwarzafrikanischen Nilquellen-Staaten andererseits droht, langfristig zu einem gefährlichen Flächenbrand in Afrika zu eskalieren.

In einer solchen Situation treten die Völker oft als Korrektiv auf. Ein Aspekt, der bis heute nie ernsthaft erforscht wurde. Könnte der fehlende Glaube an die Völker als Subjekte der Geschichte der Grund dafür sein?

Das Auftauchen der arabischen Völker als Korrektiv ihrer Geschichte, als Versuch, am Rande des Abgrundes das Lenkrad herumzureißen, ist eine der größten und wunderbarsten Errungenschaften des arabischen Frühlings.

### **Der arabische Frühling und Israel/Palästina**

Netanjahu und Liebermann ließen in den ersten Tagen des ägyptischen Frühlings nichts unversucht, die westlichen Hauptstädte davon zu überzeugen, Mubarak nicht fallen zu lassen. Vergebens. Sie mussten hilflos zuschauen, wie ihr strategischer Hauptpartner in der Region buchstäblich zerfiel. Nach dem Schock ging man an die Arbeit.

Der Bau einer früher konzipierten Mauer vom Gaza-Streifen bis Eilat am Golf von Akaba wurde beschleunigt. Eine Veränderung der israelischen Militärstrategie ist in vollem Gange. Die ägyptisch-israelische Grenze von über 120 Km Länge wirft über Nacht neue Fragen für die bisher gültige Militärdoktrin Israels auf. Experten sehen deshalb eine Steigerung der Militärausgaben Israels in den nächsten fünf Jahren um 30 % voraus.

40 % der israelischen Stromerzeugung stammen aus Erdgasverbrennung und wiederum 40 % des israelischen Erdgasverbrauchs kommen aus Ägypten. Das Gasabkommen zwischen Ägypten und Israel stößt gerade bei der ägyptischen Protestbewegung auf totale Ablehnung. Dabei ärgern sich die Ägypter über zwei Dinge: zum ersten, dass sie selber Schlange stehen müssen, um Gasflaschen zu kaufen; und zweitens, dass Israel für die Gaslieferungen weit unter dem Weltmarktpreis zahlt. Die Leitung ist zum vierten Mal gesprengt worden. Es ist zu erwarten, dass

diese Ablehnung bei den bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen eine zentrale Rolle spielen wird.

Auch Abbas verlor seine Hauptstütze. Da Mubarak weg ist, konnte die ersehnte Nationale Versöhnung zwischen Fatah und Hamas endlich beschlossen werden. Daraufhin hat der israelische Ministerpräsident Netanjahu Abbas' "Autonomiebehörde" vor die Alternative gestellt: entweder eine Versöhnung mit Hamas oder mit Israel. Die ägyptischen Verantwortlichen werden nicht müde zu versichern, dass Ägypten sich an das "Camp-David-Abkommen" halten wird. In den ägyptischen Medien wird aber die Meinung immer lauter vertreten, das Abkommen sei so lange nicht gültig, bis die israelische Besatzung beendet wird. Der bekannte Kolumnist der "New York Times", Thomas Friedmann, hat es auf den Punkt gebracht: "Bisher hat Israel Frieden mit einem Mann gehabt, jetzt kommt es darauf an, Frieden mit 83 Millionen Menschen zu schaffen."

Bei zukünftigen Zusammenstößen zwischen Palästinensern und der Besatzungsmacht Israel wird eine neue arabische Öffentlichkeit an der Seite der Palästinenser stehen. Die Regimes einschließlich Ägypten werden dadurch unter immensen Druck geraten und können es nicht nur, wie es bisher üblich war, bei leeren Solidaritätsfloskeln belassen.

Vieles spricht dafür, dass es zu einer dritten Intifada a la Tahrirplatz Ende September 2011 kommen könnte. Im September wird der Antrag der Palästinenser auf Aufnahme als Staat vor dem UN-Sicherheitsrat durch US-Veto scheitern, um aber damit vor die UN-Vollversammlung zu gelangen. Der Fokus der Nahost-Frage, das Palästina-Problem, wird in Bewegung geraten. Diesmal aber unter den Bedingungen des arabischen Umbruchs.

### Wir und der arabische Frühling

Zuerst die Sprachlosigkeit, dann die übliche Anmahnung von Reformen. Sicher hatten manche in den Machtzirkeln des Westens sogar eine gewisse Bewunderung und Sympathie für den Umbruch im arabischen Raum empfunden. Der Run auf Ägypten hat schon begonnen. Hillary Clinton, Westerwelle, Ashton, um nur einige zu nennen, mussten zum Tahrirplatz in Kairo pilgern und haben sich werbewirksam auf gemeinsamen Fotos mit den protestierenden Menschen gezeigt.

Jetzt ist vom "Marshallplan" für Ägypten und Tunesien die Rede. Die US-Regierung sagte vor dem US-Kongress aus, dass sie in den letzten Monaten ägyptische Menschenrechtsorganisationen mit 42 Millionen US-Dollar gesponsert hätte. Unsere parteinahen Stiftungen wollen "Demokratiekurse" für Ägypter organisieren. Mir ist die Erinnerung an die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Nelken-Revolution in Portugal noch frisch. Damals sind Druckmaschinen und Kopiergeräte per LKW nach Lissabon verfrachtet worden. Die

portugiesische Revolution mündete im Sozialdemokraten Mario Soares und das war das bittere Ende der Revolution.

Was man in Ägypten heute wirklich braucht, ist neben einer kräftigen Kapitalspritze (nur der Westen, die Golfstaaten oder China kommen als Kapitalgeber in Frage) Hilfe beim Aufbau der neuen freien Gewerkschaften. Wäre es vielleicht möglich, hier eine Initiative von erfahrenen und aufrechten Gewerkschaftern zu starten als Konkurrenz zu den üblichen Aasgeiern, die momentan in den Startlöchern sitzen, bereit, die "Beute" im Sinne des "freien Marktes" zu zerreißen?

Das alte Spiel scheint aber noch betrieben zu werden. Paradebeispiel ist die beabsichtigte deutsche Lieferung von 200 Leopard-Kampfpanzern an Saudi-Arabien mit Zustimmung Israels. Man setzt lieber auf die bewährten Despoten. Wie hat Präsident Roosevelt einmal gesagt: Er ist zwar ein Schweinehund, aber dafür unser Schweinehund. Man kann aber heute unserer Rüstungsbestverkäuferin Frau Merkel mit Gewissheit versichern, dass der Umbruch in der Region keinen Bogen um die "Tankstelle Saudi-Arabien" machen wird – mit oder ohne "unsere" Leoparden.

*"Ägypten ist derzeit wie ein kaputtes Auto.  
Die Revolutionäre schieben von hinten, aber  
am Steuer sitzt der Militärrat und bremst.  
Und die, die dem Präsidenten nachtrauern,  
haben noch einen Backstein vors Rad gelegt.  
Und die schweigende Mehrheit hat es sich auf  
dem Rücksitz bequem gemacht und ruft den  
Revolutionären zu: Jetzt schiebt mal stärker,  
damit das Auto rollt."*

Khaled al-Khamisi  
in der Süddeutschen Zeitung vom 25.7.2011

---

Magdi Gohary (69 Jahre alt) kam vor 54 Jahren aus Ägypten nach Deutschland. Von Beruf Chemotechniker. Aktiv als Gewerkschafter und Betriebsrat. Besonders engagiert in der Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen. Referenten- und Seminartätigkeit vor allem zu den Themen Naher Osten und Apartheidsystem.